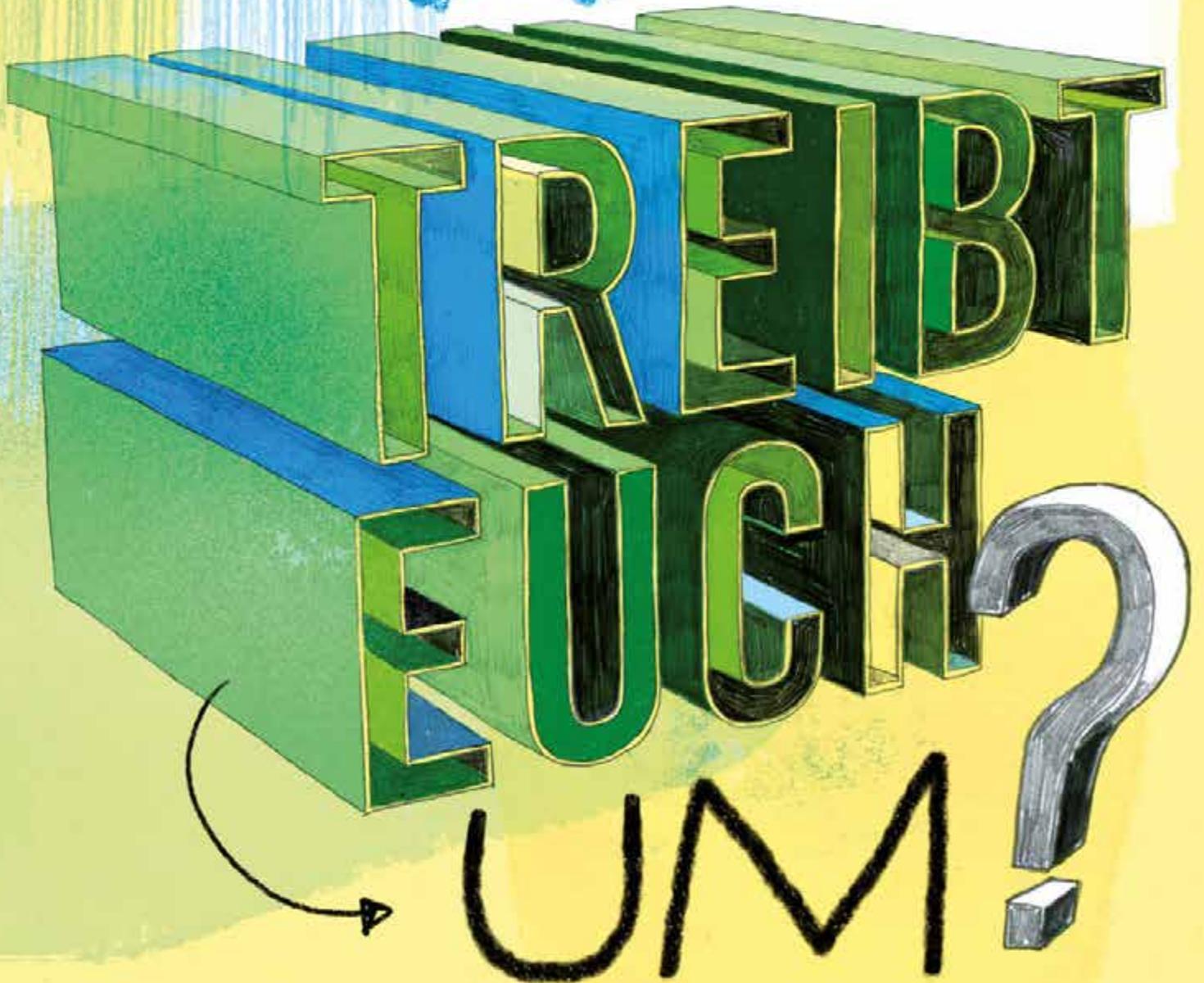




DAS
MAGAZIN
DER
GRÜNEN

2 | 2024

WAS





WAS TREIBT EUCH UM?

32 Fragen. 32 Menschen.

Veränderung beginnt im Kopf. Wir haben Bürger*innen, grüne Mitglieder, Expert*innen gefragt, wo sie die gegenwärtigen und kommenden Herausforderungen sehen: für sich selbst, unsere Gesellschaft und das ganze Land.

Ein Magazin als offener Denkraum.
Impulse für den
Wahlprogrammprozess 2025.

ÜBER 136.000 MITGLIEDER

zählten wir schon am 30. September 2024! Wir werden immer mehr!

Selbst in unruhigen Zeiten wachsen wir weiter. Danke, dass ihr dabei seid! Danke, dass ihr so viele neue Mitglieder geworben und sie freundlich aufgenommen habt. Wir freuen uns über jede und jeden, der mit uns für mehr Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, eine starke Demokratie, eine vielfältige Gesellschaft und Zusammenhalt kämpft.



Wir sagen Danke!



V.l.n.r.:
Ricarda Lang,
Pegah Edalatian,
Heiko Knopf,
Omid Nouripour,
Frederic Carpenter,
Emily Büning

Liebe Freund*innen,

wir haben bei den Europawahlen und den letzten Landtagswahlen sehr bittere Niederlagen erlebt. Die Ergebnisse haben dazu geführt, dass sich unsere Partei in der tiefsten Krise seit Langem befindet. Wir sind davon überzeugt: Es ist nötig und möglich, aus der Krise wieder herauszukommen. Dafür braucht es einen Neuanfang. Als Bundesvorstand wurden wir gewählt, um die Partei bestmöglich zu führen. Dieser Verantwortung kommen wir nach.

Wir haben uns deshalb entschieden, die Partei darum zu bitten, auf der kommenden BDK einen neuen Bundesvorstand zu wählen.

Es war uns eine große Freude, aber vor allem ein Privileg, unserer Partei als Bundesvorstand dienen zu dürfen. Wir wollen jetzt alles dafür tun, dass wir alle gestärkt in das nächste Jahr und die Bundestagswahl 2025 gehen können. Denn es geht hierbei nicht nur um unsere Partei. Es geht auch darum, welchen Weg das Land nach diesen Wahlen einschlägt. Wir wollen dazu beitragen, dass eine Zukunft des Friedens, der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Klimaschutzes in Deutschland möglich ist.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei euch allen bedanken: für die gemeinsame Zeit, die Zusammenarbeit und vor allem euer großes Engagement für unsere Partei. Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle, die mit hoher Kompetenz und Expertise jeden Tag daran arbeiten, grüne Politik für dieses Land zu machen.

Es wird ein intensiver Wahlkampf werden – und es gibt viel zu gewinnen. Gerade in der aktuellen Zeit ist es umso wichtiger, dass es starke Grüne in den Parlamenten und Regierungen gibt, die dieses Land voranbringen. Auf unserem Parteitag vom 15. bis 17. November in Wiesbaden werden wir einen neuen Bundesvorstand wählen.

Herzliche Grüße

Ricarda, Omid, Emily, Pegah, Heiko und Frederic

Bild: Nils Leon Brauer

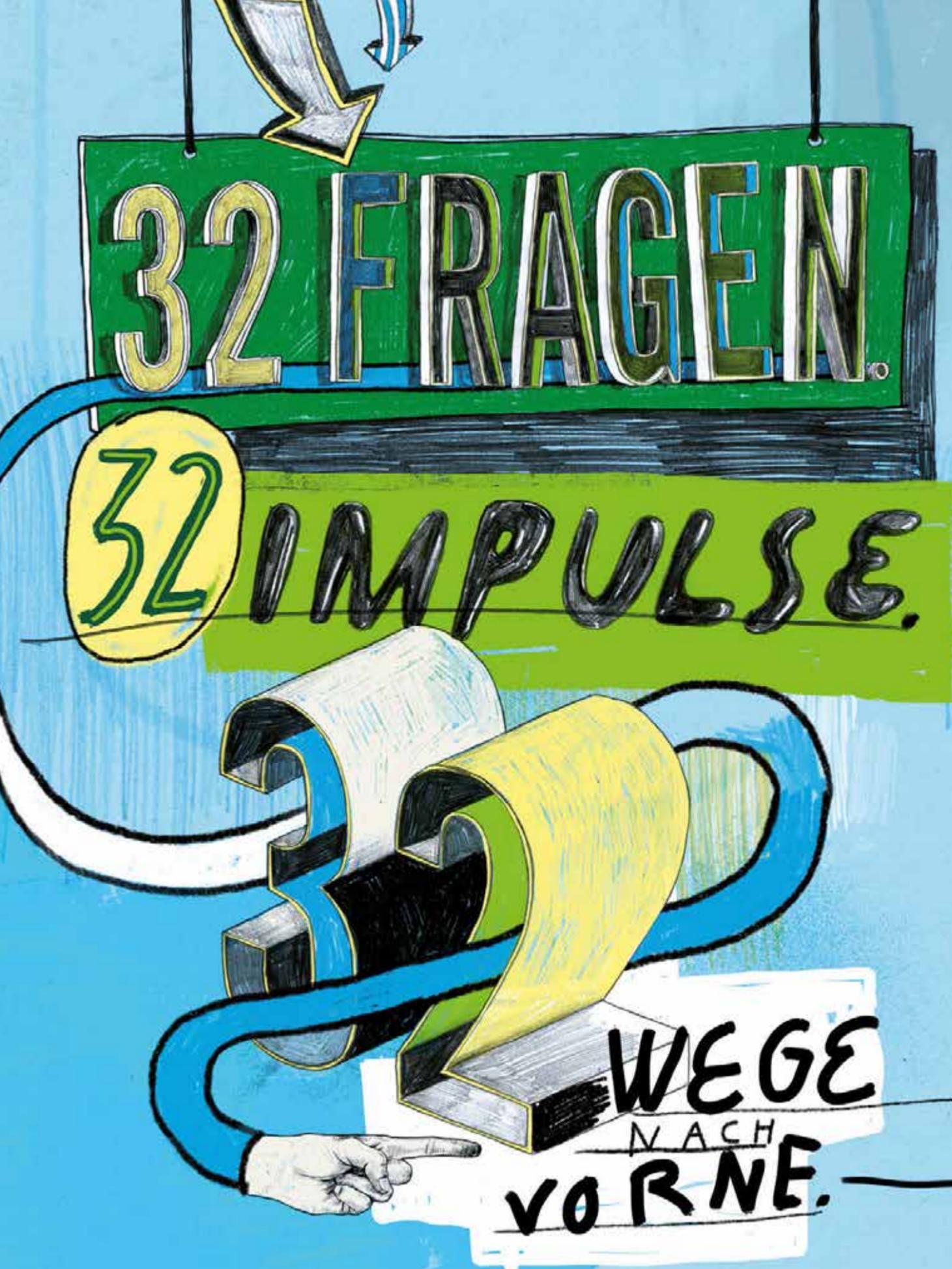
Nachhaltiges Wirtschaften beginnt vor Ort.

Gemeinsam finden wir die Antworten für morgen.

Die nachhaltige Transformation der Wirtschaft beginnt in den Regionen. Dort sind die mittelständischen Unternehmen – das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands – zu Hause. Genauso wie wir, die Sparkassen. Wir begleiten Unternehmen als Finanzpartner bei ihrer Entwicklung. Wir stehen ihnen beim Umbau auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise zur Seite. Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte Zukunft für alle – partnerschaftlich, klimafreundlich, erfolgreich.

Weil's um mehr als Geld geht.





Grün sein bedeutet: eine gute Zukunft gestalten. Veränderungen anstoßen. Vorausdenken. Aber auch Halt geben. Nicht mit Aufregung, sondern mit guten Argumenten. Am Anfang: steht eine Gegenwartsanalyse. Wir haben 32 Menschen gefragt, welche Fragen sie derzeit am meisten beschäftigen. Was brennt Bürger*innen auf den Nägeln? Was treibt grüne Mitglieder um? Welche Denkanstöße haben Expert*innen? Ein Kaleidoskop an Meinungen. Von den großen Themen bis hin zu den kleinen. Ansätze, die ganz persönlich sind, die nachdenklich machen – und die motivieren.

ILLUSTRATIONEN
SILKE WERZINGER

GAME-
CHANGER
LANDWIRTSCHAFT?

Der Klimawandel ist eine Bedrohung, das spüren die Landwirt*innen am eigenen Leib. Ernten sind gefährdet und Tiere sterben an der Hitze. Die allerwichtigsten Hebel sind hier die Wiedervernässung von Mooren, der Umbau der Tierhaltung und eine pflanzenbetontere Ernährung, also mehr Hülsenfrüchte und Gemüse auf dem Teller und auf dem Acker. Die Landwirt*innen brauchen lukrative Angebote, wie sie nasse Böden alternativ bewirtschaften können. Das kann der Anbau von pflanzlichen Baustoffen wie Schilf oder die Haltung von Wasserbüffeln sein. Tiere werden auch in Zukunft weiter gehalten werden. Aber schon jetzt essen immer weniger Menschen Fleisch oder ernähren sich gänzlich pflanzlich. Die Kennzeichnung der Haltungsform bei Schweinefleisch ist ein echter Gamechanger! Sie wird nun auch für die Gastronomie kommen und Besucher*innen von Restaurants oder Imbissen mehr Klarheit bringen. Wichtig ist, die Bäuer*innen beim Stallumbau und den Mehrkosten zu unterstützen. Dies geschieht mit dem Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung. Zudem wollen wir die Lücken beim Tierschutz wie bei der Qualzucht und beim Online-Handel schließen. Die Landwirtschaft steht am Scheideweg, ein „Weiter so“ ist keine Option. Wir wollen landwirtschaftliche Betriebe erhalten und sie dabei unterstützen, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

MARITA WIGGERTHALE 59, war von 2005 bis 2022 Referentin für Welternährung und globale Agrarfragen bei Oxfam Deutschland. Sie wuchs auf einem „schönen gemischten“ Bauernhof auf und arbeitet heute bei der grünen Bundestagsfraktion im Fachgebiet Agrar, insbesondere im Bereich Tierhaltung.



Die gibt es auf dem Land nicht. Buslinien fahren zu selten. Züge sind zu oft verspätet. Hier müssten wir als erstes ansetzen und die bestehende Infrastruktur zuverlässiger machen. Aber Verkehr muss auch im Kontext gesehen werden, zum Beispiel mit wirtschaftlichen Prozessen. Wenn mehr Firmen aufs Land ziehen, finden die Menschen dort berufliche Perspektiven – und haben kürzere Wege. Das sollten wir fördern.

MICHAEL GRIMM 46, lebt im Umland einer Großstadt und koordiniert an der ETH Zürich das Weiterbildungsprogramm Designing Resilient Regenerative Systems (DRRS).

KÄMPFEN KÖNNEN, um nicht kämpfen ZU MÜSSEN?

Als Grüne bin ich bei der Bundeswehr die Ausnahme, genauso wie ich bei den Grünen als Beschäftigte der Bundeswehr noch eine Ausnahme darstelle. In jüngster Zeit ist es aber zu einer spürbaren Annäherung gekommen. Auch in der grünen Bubble, und ich stamme ja selbst aus einer friedensbewegten Familie, wird die Truppe nur noch selten mit Militarismus in Verbindung gebracht. Da hat sich seit Putins Angriffskrieg nochmal vieles verändert. Die Idee, kämpfen zu können, um nicht kämpfen zu müssen, wird heute auch von Leuten geteilt, die das Wort Wehrfähigkeit vorher nie in den Mund genommen hätten. Und dabei geht es nicht nur um Budgets und Ausrüstung, sondern auch um die Menschen dahinter. Gerade in der Bundeswehr sind wir darauf angewiesen, als Gruppe zusammenzuhalten. Sonst können wir nicht performen. Und wer das Beste aus Leuten rausholen will, muss sie auch wertschätzen. Es ist schon allein deshalb so wichtig, die Bundeswehr aktiv mitzugestalten, weil gigantische Steuergelder in diese Institution fließen. Man darf diese Debatte nicht den anderen überlassen. Gerade, weil es viele Baustellen gibt. Ich bin seit 2009 bei der Bundeswehr und hatte zum Glück persönlich noch keine Berührungen mit Rechtsextremist*innen. Aber klar kenne ich die Berichte der Wehrbeauftragten. Und natürlich müssen wir auch gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben vorgehen und mehr

Frauen beschäftigen. Respekt, Toleranz und Pluralismus sind Werte, die auch innerhalb der Bundeswehr gelten müssen – schließlich sind sie es ja, die geschützt werden sollen. Die Idee, sich trotz Hierarchie und Befehlsstrukturen auch kritisch einbringen zu können, ist in der DNA der Bundeswehr angelegt. Das ist mit dem Begriff der „inneren Führung“ gemeint. Der Soldat und die Soldatin sollen aus einer inneren Überzeugung heraus handeln. Und im Idealfall setzen sich die 200.000 Menschen in der Bundeswehr auch in ihrem privaten Umfeld aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein.

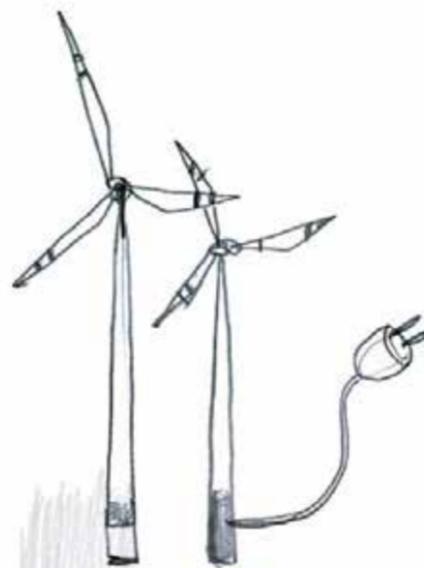
Je wichtiger der Begriff der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft ist, desto stärker setzt er sich auch in der Bundeswehr durch. Und ja, das Bewusstsein hat sich verändert und es ist inzwischen ein Kerninteresse geworden, ressourcenschonend zu arbeiten. Zum Beispiel beim Einsatz von Kraftstoffen. Es gibt Projekte wie „Green Barracks“, also klimaneutrale Kasernen. Und es gibt auch Menschen, die sich damit beschäftigen, wie der Klimawandel die Aufgaben der Bundeswehr verändern wird.

IMKE KÜGELE 45, ist zivile Beschäftigte der Bundeswehr. Sie ist als Juristin im Bundesministerium der Verteidigung tätig und Vorsitzende des Vereins BundeswehrGrün e.V.

ALT MIT JUNG?

Ich halte es für daneben, immer Jung gegen Alt zu positionieren und einen Konflikt zwischen den Generationen heraufzubeschwören. Wir geben uns gegenseitig mehr als wir uns nehmen. In Wirklichkeit liegen unsere Interessen ganz nah beisammen. Mir fällt da zum Beispiel das gute Konzept der „Age-friendly cities“, der altersfreundlichen Städte, ein. Von längeren Grünphasen an der Ampel und mehr Bänken in der Stadt profitieren Kinder und Jugendliche genauso wie ältere Menschen. Auch unsere Situation ist ähnlich: Die einen werden noch nicht, die anderen nicht mehr gehört und beteiligt. Jung und Alt sollten sich deshalb zusammentun und eine gesellschaftliche Klammer bilden. Wenn wir solidarisch sind, dann können wir viel bewirken.

CHRISTA MARKL-VIETO 72, ist seit über 40 Jahren Mitglied der Grünen, lebt in Berlin und steht zusammen mit Dirk Schmidtmann, 69, den Grünen Alten vor.



GRÜNE TREND- WENDE?

Unsere Energiegenossenschaft hier in Weimar und Umland ist zuletzt stark gewachsen. Mittlerweile haben wir 430 Mitglieder. Wir nehmen die Energiewende selbst in die Hand, indem wir privates Geld einbringen, unser Wissen an andere weitergeben und in Netzwerken kooperieren. Jede PV-Anlage und jedes Windrad sind deutliche Zeichen und können dabei helfen, grüne Ideen auch hierzulande sichtbar zu verankern. Ein erkennbarer Trend ist, dass immer mehr Unternehmen mit uns zusammenarbeiten und unsere günstige Energie nachfragen. Damit sichern wir auch Arbeitsplätze vor Ort.

MARCEL SCHWALBACH 33, ist Vorstand der Energiegenossenschaft Ilmtal in Thüringen. Er promoviert im Bereich Umwelt- und erneuerbare Energien-Management an der FH in Erfurt.

REALISTISCH ODER Radikal?

Wir müssen Umwelt- und Naturschutz mit pragmatischen Lösungen und zusammen mit den Menschen gestalten. Intakte Ökosysteme sichern unsere Lebensgrundlagen und auch den sozialen Frieden. Das sollten auch wir Grüne uns immer wieder ins Gedächtnis rufen. Die Grundhaltung dabei ist: Wir schützen unsere Natur, damit sie uns schützen kann. Nur wenn unsere Wälder, Böden und Moore gesund und intakt sind, können sie Kohlendioxid speichern, ausreichend Wasser liefern und die Artenvielfalt sichern. Wir müssen in unseren Zielen klar sein und offen, was mögliche Wege angeht. Auch wenn die Zeit drängt und der Handlungsbedarf groß ist, müssen wir die Menschen vor Ort mitnehmen, zum Beispiel die Landnutzenden in der Landwirtschaft. Wenn die Rahmenbedingungen passen – mehr Geld für ökologische Maßnahmen, mehr gegenseitiges Vertrauen, weniger Bürokratie – können wir schnell und gemeinsam handeln.

MARIA WIBMILLER 37, ist seit zehn Jahren bei den Grünen und zusammen mit Björn Stockhausen Sprecher*in der Bundesarbeitsgemeinschaft Ökologie. Als Allgäuerin sieht sie jeden Tag, wie wichtig gesunde Natur für den Menschen ist.



WEM GEHÖRT DIE STRASSE?

Wir in Hannover glauben, dass Straßen vor allem den Menschen gehören. Deshalb müssen wir unsere Innenstädte neu denken: Mehr Aufenthaltsqualität, soziale Angebote oder Events kämen auch dem Einzelhandel zugute. Zudem merken wir, mit Blick auf die Klimakrise, aber auch auf immer längere Staus, dass bei vielen der Wunsch nach einer alternativen Mobilität besteht. Das Fahrrad ist an dieser Stelle unschlagbar, doch dafür brauchen wir eine gute und sichere Infrastruktur. Den Durchgangsverkehr und das Straßenrandparken auf öffentlichen Flächen wollen wir aus den Innenstädten rausbekommen. Wer auf das Auto angewiesen ist, findet in Parkhäusern mit digitalem Zugang zuverlässig und schnell einen Parkplatz. Den frei werdenen Raum können wir öffnen und ihn, gerade mit Blick auf heiße Sommer, mit Wasser und Grün neu gestalten. Davon profitieren alle!

BELIT ONAY 43, stammt aus Goslar, entdeckte aber als Jura-student seine Liebe zu Hannover. Seit 2019 regiert er die Stadt als Oberbürgermeister.



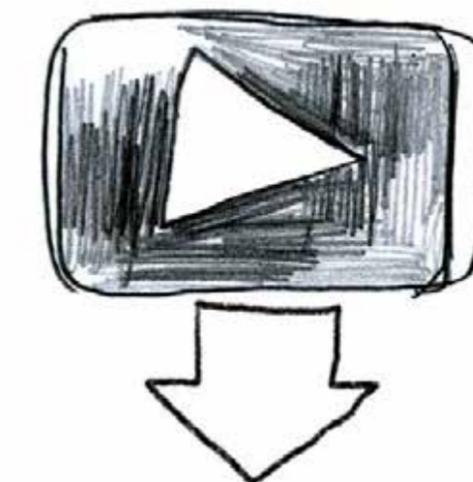
Mehr Verlässlichkeit. Wir befinden uns in einer Situation, in der große Investitionen getätigt werden müssen, damit unsere Wirtschaft beides schafft: hoch wettbewerbsfähig sein und CO₂-neutral produzieren. Ein einfaches Mittel, die Unternehmen dabei zu unterstützen, wären dauerhaft verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten. Von unseren mehr als 250 Mitgliedern in der Wirtschaftsvereinigung der Grünen hören wir immer wieder, dass diese Maßnahme viel effizienter wäre als häufig wechselnde aufwändige Förderprogramme. Und: Der Bürokratieabbau muss dringend noch weiter verschärft werden. Knappe und teure Arbeitskräfte etwa für immer neues kompliziertes Nachhaltigkeits-Reporting einstellen, das kann sich kaum jemand leisten. Man sollte sich in dieser schwierigen Lage auf Maßnahmen konzentrieren, die unsere wirtschaftliche Stärke erhalten. Es gibt in den Unternehmen durchaus Unterstützer*innen nachhaltiger Wirtschaftspolitik. Deren Stimmen werden auch wieder lauter werden, wenn die Dinge fokussiert weiter vorangebracht werden.

HEIKE DISCHER 48, ist kaufmännische Geschäftsführerin eines mittelständischen Unternehmens und eine der Vorstandsvorsitzenden der Wirtschaftsvereinigung der Grünen, die sich mit dem Grünen Wirtschaftsdialog zu einem Verband zusammengeschlossen hat.

DIGITAL- GIGANTEN BESTEUERN?

Die Medienvielfalt in Deutschland ist vor allem deshalb in Gefahr, weil die großen Werbebudgets zu den digitalen Plattformen abgewandert sind. Ich bin ein Fan des österreichischen Systems, wo die riesigen Gewinne internationaler Medienkonzerne besteuert werden, um örtliche Medien wie etwa Lokalpresse oder Radio staatsfern zu unterstützen. Nach bestimmten Kriterien natürlich. Ob sie ausbilden beispielsweise und ob sie gesellschaftliche Aufgaben wie Information, Kultur und Bildung erfüllen. Bei den Öffentlich-Rechtlichen braucht es Reformen und bessere Kooperationen, aber es ist essenziell, den Förderalismus zu erhalten und die Vielfalt durch zusätzliche Angebote für neue Gesellschaftsgruppen zu erweitern.

SANNE KURZ 51, hat Filme gemacht und als Kamerafrau und Dozentin an der Hochschule für Film und Fernsehen in München gearbeitet. Seit 2018 sitzt sie für die Grünen im Bayerischen Landtag.



Faire FOOD PREISE?

Der Handel muss fairer werden. Das ist der Grund, warum wir FoodHub, unseren Mitmach-Supermarkt, gegründet haben. In Deutschland bestimmen vier Konzerne den Lebensmittelmarkt, und der ist knallhart. Man hat die Konsument*innen jahrzehntelang an Niedrigstpreise gewöhnt. Viele Landwirt*innen zahlen drauf. Wir kaschieren das mit Subventionen. Und die Handelskonzerne profitieren von diesen Steuergeldern. Aber wir können gegensteuern. Als Konsument*innen und als Unternehmer*innen. Wenn wir kleine Höfe erhalten wollen, müssen wir im Handel Alternativen schaffen. Wir bei FoodHub zahlen den regionalen Bauern gute Preise und nehmen auch kleine Mengen ab. Heute morgen kam wieder einer mit einer Kiste Pflaumen. Bei FoodHub können wir unsere Ware 20 Prozent billiger anbieten als in vergleichbaren Geschäften. Das geht, weil unsere 2.400 Mitglieder im Monat jeweils drei Stunden mitarbeiten.

KRISTIN MANSMANN 52, wuchs auf einem Selbstversorgerhof in Brandenburg auf, arbeitete als Juristin und ist eine der Gründer*innen des partizipativen Bio-Supermarkts FoodHub. Sie ist leidenschaftliche Imkerin.

NEUE VERBÜNDETE FÜR EUROPA?

Wir befinden uns in einer Phase, in der sich die geopolitische Polarisierung, insbesondere zwischen China und den USA, immer weiter zuspitzt. Gleichzeitig sehen wir, dass sich eine Reihe von Staaten in Afrika, Lateinamerika und Asien nicht in ein Lager pressen lassen will. Daraus leiten diese Länder den Anspruch ab, sich in internationale Foren einzubringen und die multilaterale Weltordnung zu gestalten. Sie pochen auf ihre Mitbestimmungsrechte und fordern Reformen. Als Deutschland und die EU sollten wir versuchen, auf Partner zuzugehen, die bereit sind, in bestimmten Politikfeldern zu kooperieren. Natürlich ist das eine Gratwanderung, weil deren Werte und Perspektiven logischerweise mitberücksichtigt werden und wir dementsprechend kompromissbereit sein müssen. Doch ist es auch eine Chance, internationale Kooperation aktiv zu gestalten. Vertreter*innen der Bundesregierung haben sehr viele Reisen in verschiedene Regionen unternommen, um unsere Beziehungen zu diversifizieren. Das ist nicht nur wichtig, um neue Handelsbeziehungen aufzubauen, sondern auch um eine Zusammenarbeit in Klima- und Nachhaltigkeitsfragen und anderen Politikfeldern zu gestalten.

DR. MELANIE MÜLLER 40, ist Wissenschaftlerin und Ko-Leiterin der Themenlinie „Kooperation im Kontext systemischer Rivalität“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).



PLATZ DA FÜR KULTUR?

Für jede Form von Kreativität braucht es Räume: Probenräume für Bands, Ateliers für Künstler*innen, kleine Clubs für Konzerte, Orte für Theater und Diskussionen. Inzwischen scheint auch die letzte alte Fabrik luxurienoviert zu sein und die Möglichkeiten, bezahlbare Räume zu finden, geht gen Null. Viele Clubs müssen wegen ständig steigender Mieten dicht machen. Jugendzentren werden in Zeiten knapper Kassen geschlossen. Dabei hat sich gerade während der Pandemie gezeigt, wie wichtig solche Begegnungsstätten sind. Wenn sie verschwinden, reißen sich rechte Manipulator*innen die Hände: Es gehört nicht umsonst zur Taktik der AfD, die Schließung solcher Zentren voranzutreiben. Diese Orte bereitzustellen fördert eben nicht nur kulturelles Leben, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn Städte die Lizenzen für Hallen und Veranstaltungsgelände vergeben, ist die Versuchung groß, das bessere

Angebot (eines mächtigen Konzerns) anzunehmen. Als Folge werden die Veranstaltungskosten sowohl für Bands als auch für das Publikum extrem in die Höhe getrieben. Konzerte zu fairen Eintrittspreisen sind an solchen Orten dann nahezu unmöglich. Das führt zur Verkümmern von kultureller Vielfalt. Und noch ein anderer Punkt: Künstler*innen sollten für das Ergebnis ihrer Arbeit angemessen bezahlt werden und darüber bestimmen können, wann und wo ihre Werke verkauft, angeboten und genutzt werden. Dieses Prinzip sollte die Grundlage des Urheberrechts sein und ist vor allem für diejenigen wichtig, die nicht die großen Hallen füllen. Schließlich geht es auch hier um den Erhalt kultureller Vielfalt.

ANDREAS FREGE 62, bekannt als Campino, ist Sänger, Songwriter, Schauspieler, Autor, Literaturdozent und Frontmann der Toten Hosen. Im Herbst erscheint sein neues Buch *Kästner, Kraftwerk, Cock Sparrer. Eine Liebeserklärung an die Gebrauchsliteratur*.

GESPALTENE GESELLSCHAFT?

„Zusammenhalt“ ist ein Modewort unserer Zeit, ebenso wie die „gesellschaftliche Spaltung“ als sein Gegenteil. Darin drückt sich eine Sehnsucht nach Übersichtlichkeit aus, die verständlich ist, aber leicht ins Konservative abrutscht. Man stellt sich eine Bullerbü-Welt vor, in der keiner aus der Reihe tanzt. Fast wie selbstverständlich wird „Zusammenhalt“ auch mit der Nation gleichgesetzt. Die progressive Vision ist eine andere: Hier definieren Freiheit, Gleichheit und Solidarität den politischen Horizont.

Wir Angehörige moderner Gesellschaften leben – ob wir wollen oder nicht – in engster Abhängigkeit voneinander. Durch die arbeitsteilige Organisation der Wirtschaft, durch die Lohnabhängigkeit der großen Mehrheit, aber auch durch

die Form unseres Zusammenlebens in Städten. Die Frage ist, wie es sich so einrichten lässt, dass dieser Funktionszusammenhang nicht zu einem „stahlharten Gehäuse“ des Zwangs wird, wie Max Weber es nennt, sondern Freiheit und kollektive Handlungsfähigkeit ermöglicht. Die Antwort: Durch eine immer weitergehende Demokratisierung der Politik, der Wirtschaft und des Alltagslebens. Gerade weil der demokratische Prozess die Entscheidungsgewalt aus den Händen weniger in die Hände vieler überführt, bringt er unweigerlich Konflikte mit sich. Zudem ist die Austragung von Streit selbst Zeichen einer lebendigen Demokratie. Wir sollten Konflikte also durchaus als Teil eines gesunden Gemeinwesens betrachten und nicht zu schnell nach Zusammenhalt

rufen. Bedrohlich ist nicht der Konflikt an sich, sondern der Versuch, die Demokratisierung unserer Gesellschaft aufzuhalten oder zurückzudrehen. Sei es durch autoritäre Politik, sei es durch den Angriff auf Arbeitnehmer*innenrechte oder sei es durch die Abwertung von Migrant*innen, TransPersonen oder anderen Mitgliedern unserer Gesellschaft.

LINUS WESTHEUSER 35, ist Soziologe und Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitautor von *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft (Suhrkamp)*. Die These des Bestsellers: *Polarisierung kommt nicht so sehr aus der Gesellschaft selbst, sondern wird vor allem durch „Polarisierungsunternehmer*innen“ in der Politik geschürt.*

ANZEIGE

100 % Ökostrom Wir machen mehr als das!

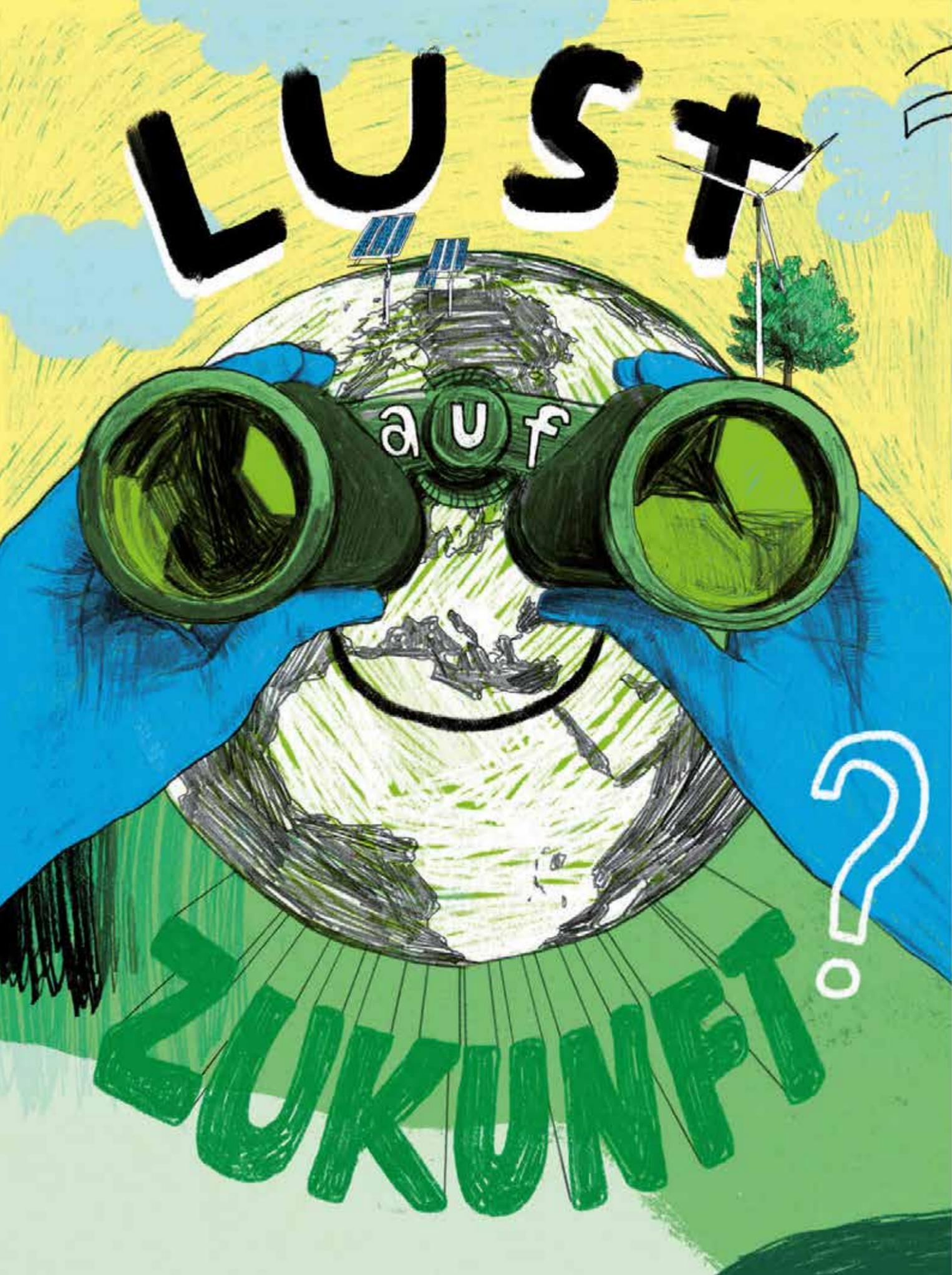
- Mehr Solar- und Windkraftanlagen
- Mehr regionale Energiewende
- Mehr Preistransparenz
- Mehr Wirkung für die Bürgerenergie

30 € GUTSCHEINCODE:
gruene-10-24
gültig bis 31.12.2024



→ www.buergerwerke.de

BÜRGERWERKE
ENERGIE IN GEMEINSCHAFT



Was wäre, wenn wir uns mal vorstellen, dass alles gut geht – statt immer zu diskutieren, was alles schief gehen könnte. Wir können in einer besseren, schöneren und lebenswerteren Welt leben. Mit ruhigen und luftigen Städten, einer sicheren und sauberen Energieversorgung und einem europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz mit Nachtverbindungen. Eine positive Vision, ein gutes Bild von der Zukunft ist ganz wichtig – ohne natürlich dabei die Gefahren und Risiken runterzuspielen. Wenn Menschen kein Ziel vor Augen haben, dann fällt Veränderung viel schwerer.

Das hat auch die Klimabewegung lange Zeit nicht bedacht. Sie ist zu wenig auf die menschliche Psyche eingegangen. Der Fokus lag auf den Gefahren, Risiken und der Apokalypse. Aber die wenigsten stellen ihr Leben aufgrund schlimmer Bilder und Grafiken um. Apokalypse schreckt ab. Viele Menschen haben sich zurückgezogen. Oder sie beharren auf den Status quo und verklären die Vergangenheit. In dieser Abwehrhaltung erscheinen die üblichen Stammtisch-Bullshit-Narrative in den sozialen Medien attraktiv. Aber die Sonne scheint nachts nicht! Aber China! Aber in E-Autos ist Lithium! Ich will diesen Blödsinn nicht unwidersprochen stehen lassen. Es ist zwar oft nicht einfach, bei der Komplexität der Themen einen Kontrapunkt zu setzen. Aber es geht. Selbst, wenn man das Gegenüber nicht überzeugt, bekommt man so vielleicht wenigstens einen Fuß in die Tür oder stößt

einen Denkprozess an. Jede und jeder kann sich einbringen und Stammtischparolen charmant kontern.

Es gibt ja diesen schönen Witz: Ich kann alleine sowieso nichts ändern, sagen täglich Millionen von Menschen. Wenn sich alle am Riemen reißen und nicht auf Teufel kommen um die Welt fliegen, dann gewinnen wir Zeit. Und die brauchen wir, um das System umzubauen. Zukunft wird gemacht – und sie kann auf jeden Fall besser werden als die Gegenwart. Auch ich habe manchmal Angst, aber dann schau ich auf die Dinge, die schon gut laufen. Die globale Energiewende zum Beispiel. Vor 15 Jahren sah die Lage noch düster aus, jetzt gehen die Ausbauten für erneuerbare Energien durch die Decke. Klar, es muss noch viel passieren. Aber wir haben das Steuer des Tankers, der in Richtung Eisberg unterwegs ist, herumgerissen. Er wendet zwar träge, aber wir haben eine Chance, das alles zu einem guten Ende zu bringen. Da bin ich Optimist.

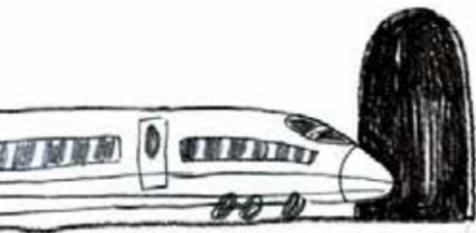
JAN HEGENBERG 45, ist Blogger und Autor. Als *Graslutscher* widerlegt er Scheinargumente gegen Klimawandel, Energiewende und pflanzliche Ernährung. Das Mittel seiner Wahl: Humor. Vor kurzem erschien sein neues Buch *Klima-Bullshit-Bingo*.



DIE SCHULE DER ZUKUNFT?

... orientiert sich daran, welche Kompetenzen unsere Kinder in der Welt von morgen brauchen. Wichtig ist, dass Kinder mit Krisen und Veränderungen aufgeschlossen und optimistisch umzugehen lernen. Dazu müssen sie Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten entwickeln. Sie müssen gut mit anderen zusammenarbeiten und gemeinsam Lösungen finden können. Wissen allein steht für mich nicht mehr an erster Stelle, diesbezüglich stützen wir uns ja bereits jetzt auf KI und Internet. Dieser Wandel ist längst in viele Lehrpläne eingegangen. Trotzdem ist, gerade an höheren Schulen, der Unterricht oft nach wie vor traditionell: Wer wie viele Hefteinträge wie gut gelernt hat, lässt sich in schriftlichen Aufgabenformaten einfach abprüfen; die Bewertung hält im Zweifel auch Klagen von Anwälten stand. Wie gut sich ein Kind bei einer Projektarbeit in der Gruppe bewährt, kann ich nur lernwirksam rückmelden, wenn ich die Schüler*in während dieser Phase nach festen Kriterien beobachte. Ein einfaches „richtig“ oder „falsch“ gibt es nicht, vielmehr gerät der wertvolle Lernprozess in den Fokus und die Frage, wie sich das Kind in vielen Kompetenzbereichen weiterentwickeln kann. Wir müssen alte Muster aufbrechen und zu einer neuen Balance finden zwischen Wissenserwerb und der Vermittlung von Fähigkeiten, die schon heute in der Realität und im Wirtschaftsleben unverzichtbar sind.

MARIA 43, unterrichtet mit großer Leidenschaft an einer Mittelschule.



MEHR BAHN FAHREN?

Die ideale Mobilität sieht so aus, dass wir uns überall mit genau dem Verkehrsmittel fortbewegen können, mit dem wir gerne unterwegs sind, also auch – aber nicht nur – mit dem Auto. Schaut man auf die Schweiz, Tschechien oder Österreich, zeigt sich, dass die Menschen starke Alternativen sehr wohl nutzen; dort fahren die Menschen europaweit pro Jahr am meisten Kilometer mit der Bahn. Deshalb braucht man Verzicht gar nicht so laut zu predigen. Besser lockt man mit Angeboten wie dem Neun-Euro-Ticket Leute in die öffentlichen Verkehrsmittel, die diese sonst nie benutzt hätten. Damit kommt man weiter als mit dem Versuch, antrainiertes Verhalten aufzubrechen und damit verknüpfte Subventionen auf einen Schlag abzubauen. Allerdings müssen Kommunen, Länder und der Bund in Vorleistung gehen.

JONAS PRADE 26, begleitete als Verkehrsingenieur Bahnprojekte in Baden-Württemberg und arbeitet inzwischen als wissenschaftlicher Mitarbeiter.

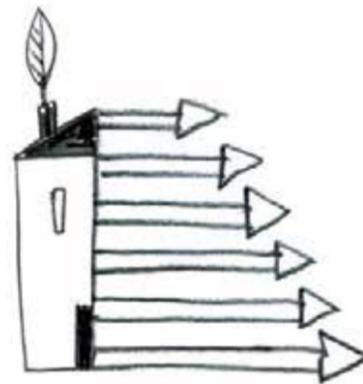
SICHERHEIT KAPUTT GESPART?

Wenn es um die innere Sicherheit geht, führen wir – nicht nur im Moment – die falsche Debatte. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen ist stark von islamistisch motivierten Attentaten und dem damit verbundenen Ohnmachtsgefühl geprägt. Getrieben von CDU und AfD macht sich zudem die Vorstellung breit, man könne Sicherheits- mit Migrationspolitik gleichsetzen. Kriminalität und Terrorismus können wir aber nicht einfach abschieben.

Starke Gesetze, zum Beispiel zum Waffenbesitz, haben wir eigentlich schon. Aber uns fehlen die Mittel, um sie durchzusetzen. Die Sicherheitsbehörden wurden jahrzehntelang kaputtgespart. Es fehlt zum einen an Ausrüstung, vor allem auch an leistungsfähigen Computern. Viele Täter*innen, etwa der Angreifer auf dem Solinger Stadtfest, haben keine realen Kontakte mehr zu Terrorist*innen, sondern vernetzen und radikalieren sich im Internet. Wir aber arbeiten mit Computern, die geschlagene drei Minuten brauchen, um überhaupt ins Internet zu kommen, oder die keine Social-Media-Seiten aufrufen können, weil die Server dafür nicht ausgelegt sind. Zum anderen kämpfen wir mit einem eklatanten Personalmangel – und das mit Ansage! Wir wissen seit den frühen 2010er-Jahren, dass diese Herausforderung auf uns zukommt, es wurde jedoch nicht gegengesteuert. Stattdessen finden wir uns in einer Situation wieder, in der selbst junge

Kolleg*innen mehrere hundert Überstunden angesammelt haben. Wir müssen daher zwingend eine langfristige Strategie entwickeln, wie wir Personal aufbauen, die Struktur der Ausbildung zeitgemäß gestalten und den Polizeiberuf für junge Menschen wieder attraktiver machen. Wir müssen aber auch dringend die Polizeiwachen modernisieren und baulich sanieren – in manchen fällt den Kolleg*innen buchstäblich die Decke auf den Kopf. Solche Mängel wiegen umso schwerer, wenn man sich bewusst macht, dass diese Wachen für Polizist*innen oft fast ein zweites Zuhause darstellen und die Gemeinschaft untereinander für viele ein ausschlaggebender Grund ist, ihren aufreibenden und zum Teil gefährlichen Beruf nicht aufzugeben. Die Parteien, die in Umfragen hinsichtlich der Sicherheitspolitik die höchsten Kompetenzwerte erzielen – CDU/CSU und SPD –, schweigen derzeit zu all diesen Problemen. Stattdessen verlieren sie sich in rechten Narrativen oder Symbolpolitik. Genau hier haben wir die Chance, mit grüner Sicherheitspolitik einen progressiven Vorstoß zu wagen – und das Vertrauen der Menschen in die Politik und die Sicherheit im Land zurückzugewinnen.

JAN-DENIS WULFF 31, Arbeiterkind und Sohn eines türkischen Einwanderers, war Erzieher in einem Aufnahmeheim für Kinder und Jugendliche, bevor er zur Polizei ging. Heute ist er dort Personenschützer. Der Beitrag beruht auf seinen persönlichen Erfahrungen.



FÖRDERN= FORDERN?

Energetisch sanieren oder abreißen? Wir haben uns auch aus ökologischen Gründen für die energetische Sanierung eines Altbaus entschieden: neues Dach, neue Fenster, Dämmung der Außenflächen, Wärmepumpe... Das Haus wird einen Quantensprung in Sachen Energieeinsparung machen. Ein Kraftakt, nicht nur finanziell. Der bürokratische Aufwand: immens. Immer wieder neue komplizierte Bauvorschriften und Forderungen sowie verschiedene Infos, was förderfähig ist. Am Ende große Enttäuschung: Trotz Energieberater beläuft sich die Förderung vom Staat auf wenige tausend Euro. Wie sollen sich das jemals Menschen mit geringerem Einkommen leisten können?

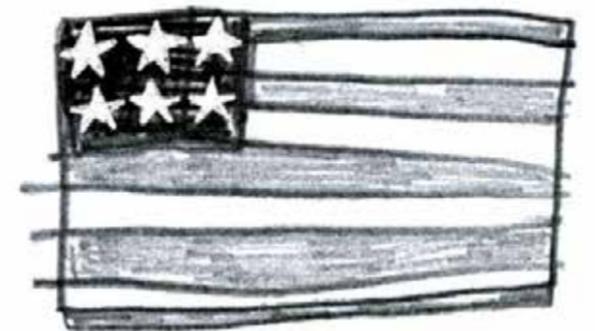
ANNA MILLINGER-FEDKE 39, und ihr Mann sanieren ein Einfamilienhaus. Die beiden wollen Ende des Jahres einziehen, rechtzeitig zur Geburt ihres ersten Kindes.

MADAME President?

Die Stimmung in Washington hat sich seit der Präsidentschaftskandidatur von Kamala Harris sehr verändert. Viele junge Leute sind bereit, sich zu engagieren. Aber Trump ist noch keinesfalls geschlagen. Mir macht es Mut, dass viele Menschen aus beiden Lagern Trumps beleidigende und unterschwellig sexistische Angriffe ablehnen. Ohne die Polarisierung in den USA schönreden zu wollen, sollte man nicht vergessen, dass es hier ein sehr breites Spektrum an Meinungen und Lebensrealitäten gibt. Man findet meist auch mit Menschen Anknüpfungspunkte, die ganz andere Positionen vertreten.

Und selbstverständlich würde es auf dem working level auch im Falle von Trumps Wahl transatlantische Beziehungen auf verschiedenen Ebenen geben. Was wir Grüne von der demokratischen Kampagne lernen können? Eine lebensnahe Sprache zu finden, die über politische Gräben hinweg bei den Menschen ankommt.

JULIKA ENSLIN 27, hat Politik in Berlin, Kairo und Georgetown studiert. Sie lebt seit zwei Jahren in den USA und ist im Vorstand des Ortsverbands der Grünen in Washington D.C.



ANZEIGE

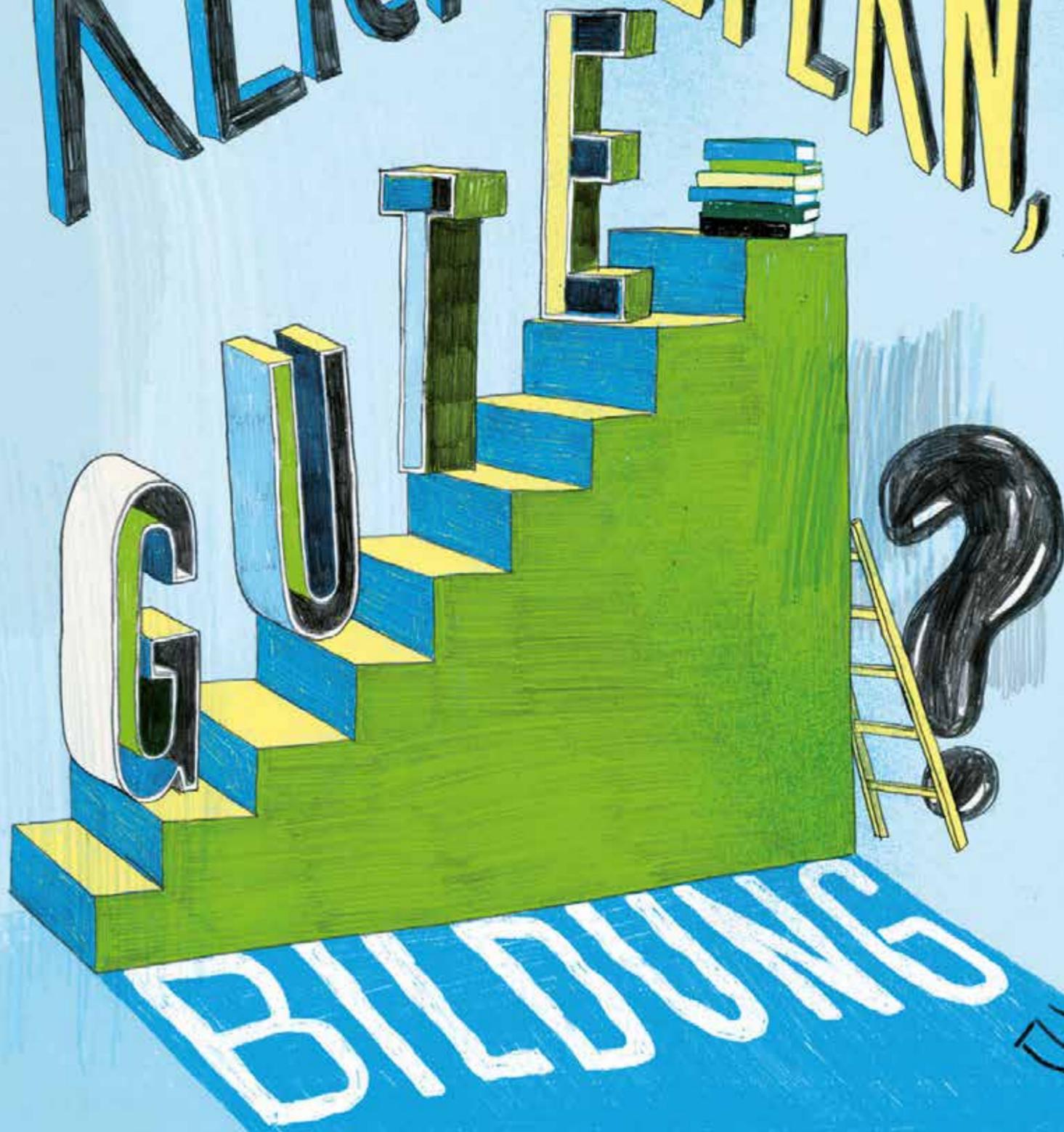
SOWAS KOMMT VON SOWAS

WIND BEFLÜGELT

Vereine, Sporthallen und Spielplätze
Von der Windkraft profitieren kommunale Einrichtungen vor Ort. Das stärkt das Zusammenleben und beflügelt Kommunen.
www.wind-befluegelt.de

© iStockphoto, Miodrag Tignjatovic

REICHE ELTERN,



Viele Studien, wie etwa der Chancenmonitor des ifo-Instituts, belegen es: Wer Eltern mit hohem Einkommen und guter Bildung hat, erreicht in Deutschland mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit ein mindestens ebenso hohes Bildungslevel – ganz anders als Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen und mit Eltern ohne Abitur. Wenn wir echte Chancengleichheit herstellen wollen, müssen wir schon bei den Kleinsten ansetzen. Stattdessen sehen wir Kinderkrippen und Kitas noch immer als Betreuungsanstalten, die es Eltern – vor allem Müttern – ermöglichen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Würden Kinder bereits in der Phase des Spracherwerbs von Erzieher*innen begleitet, könnten wir Unterschiede, die durch das Elternhaus vorgegeben sind, viel besser auffangen. Dazu aber müssen wir das Netz an Kitas noch enger knüpfen, die Arbeit pädagogischer Fachkräfte aufwerten – und Einrichtungen für kleine Kinder genauso behandeln wie andere Bildungseinrichtungen. Perspektivisch ermöglicht dies auch Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Damit verbunden ist natürlich auch eine finanzielle Kernfrage: Was ist es uns als Gesellschaft wert, dass jedes Kind mit den gleichen Chancen in sein Leben starten kann?

YVONNE EVERHARTZ 39, ist Referentin in der Bundesstiftung Gleichstellung. Die Politologin setzt sich auch leidenschaftlich gegen Antifeminismus ein.

ALPTRAUM FÜR DEUTSCHLAND?

Mein Vater ist Ende der 1950er-Jahre aus dem Iran zum Studium nach Deutschland gekommen. Ich bin hier geboren und aufgewachsen, zur Schule und Hochschule gegangen, hier habe ich eine Familie gegründet. Deutschland ist meine Heimat, mein Land. Das Gefühl, nicht dazuzugehören, hatte ich nie – bis jetzt. Rechtsextremes Gedankengut frisst sich durch die Gesellschaft. Eine Spirale hat sich in Gang gesetzt, die mich an die Jahre von 1933 bis 1945 erinnert. Nur dass die extremen Rechten heute moderner daherkommen. Die AfD ist auf TikTok bei Erstwählenden doppelt so erfolgreich wie alle anderen Parteien zusammen. Ihre oft wiederholten Inhalte wirken auf das Bewusstsein der Menschen. Das merke ich, wenn ich in den sozialen Medien versuche, Lügen sachlich zu kommentieren. Inzwischen mache ich das unter einem Pseudonym, der Tonfall ist bedrohlich geworden. Mein Unbehagen wächst. Mein Alptraum wäre, wenn die AfD in meinem Bundesland an die Regierung käme. Ich müsste mir ernsthaft Sorgen machen, dass sie mich, einen deutschen Staatsbürger, auf dem Radar hätten, ich Rede und Antwort stehen, mich rechtfertigen müsste – allein wegen meines fremd klingenden Namens. Wir dürfen es uns aber auch nicht zu leicht machen. Es gibt Gründe, warum die AfD Menschen einfängt. Integration ist kein Selbstläufer. Das weiß ich von meinem Vater, der es nicht geschafft hat, ganz in Deutschland anzukommen. Er ging zurück in den Iran. Wir müssen den Menschen, die wir aufnehmen, mehr eigene Integrationsleistung abverlangen. Und es gibt kaum Schnittmengen, wo wir einander begegnen. Das muss sich ändern.

RAMIN 64, arbeitet als Steuerberater.



Sicherheitspolitik ist genauso Zukunftspolitik wie Klimapolitik. Klar kann man immer behaupten, dass es schon nicht so schlimm kommen wird. Aber das hat bei der Klimakrise auch nicht funktioniert. Es geht jetzt darum, zukünftigen Generationen ein Leben in Freiheit zu ermöglichen. Wir können nicht in Putins Kopf schauen, aber es ist entscheidend, dass wir die Zeit nutzen, um ihn davon abzuhalten, weitere Staaten zu überfallen. Alles andere wäre fahrlässig. Der Vorwurf der Kriegstreiberei ist absurd und perfide. Weil wir ja gerade keinen Krieg in Europa wollen, und das lässt sich nur verhindern, indem wir diejenigen, die eindeutig auf Gewalt setzen, militärisch klare Grenzen setzen.

PETER HEILRATH 55, ist Jurist, Filmproduzent und Menschenrechtspolitiker. Zudem ist er Sprecher der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden & Internationales.



Klare Haltung zeigen

Die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg endeten bitter. In Sachsen verlieren die Grünen die Regierungsverantwortung, in Thüringen und Brandenburg sind sie nicht mehr im Landtag vertreten. Katja Meier, amtierende sächsische Justizministerin, über Lehren aus dem Wahlkampf – und Zukunftsperspektiven für die Partei in Ost und West.

Nach einem aggressiven Wahlkampf, bei dem die Grünen auch von ihrem Koalitionspartner CDU massiv attackiert wurden, geht es zurück in die Opposition.

Meier: Ja, so sieht es aus. Wobei sich zunächst zeigen muss, ob CDU und SPD mit Frau Wagenknecht koalieren wollen und können. Diese Frage und die Konsequenzen daraus, insbesondere für den außen- und sicherheitspolitischen Kurs von CDU und SPD, haben Bedeutung weit über Sachsen hinaus.

Warum haben die Erfolge der Koalition nicht überzeugt?

Meier: Weil es im Wahlkampf extrem wenig um Inhalte ging, die tatsächlich in den Ländern entschieden werden. Und offenbar, so selbstkritisch müssen wir sein, sind wir mit unseren Themen der vergangenen fünf Jahre nicht durchgedrungen. Die Wahl hat aber auch gezeigt, dass wir in unserer Arbeit vor Ort erfolgreich sein können: 2019 hatten wir erstmals drei Direktwahlkreise gewonnen. Es ist uns trotz schwieriger Bedingungen gelungen, zwei dieser drei Wahlkreise zu verteidigen.

Was lässt sich daraus für die Grünen über Sachsen hinaus ableiten?

Meier: Wir müssen auf die Fragen eingehen, die die Menschen konkret bewegen – und darauf Antworten und Lösungen finden. Aber wir müssen auch bei unseren Kernthemen, insbesondere beim Klimaschutz, weiter eine klare Haltung zeigen. Eine Herausforderung über die wir nachdenken müssen: Wir sind eine Partei, die gerne Inhalte in den Vorder-

KATJA MEIER 45, stammt aus Zwickau. Sie studierte von 1998 bis 2004 Politik, Geschichte und Soziologie und ist seit 2005 Mitglied der Grünen. Nach verschiedenen Stationen als politische Referentin wurde sie 2015 in den Sächsischen Landtag gewählt. 2019 wurde sie sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

grund stellt, doch die Öffentlichkeit fokussiert sich auf einzelne Personen, mit denen man sich bei drängenden Themen identifizieren kann. Und wir brauchen wieder mehr Leichtigkeit bei der Vermittlung unserer Inhalte.

Das Thema Klimaschutz hat im Wahlkampf keine Rolle gespielt, es gerät auch bundesweit ins Hintertreffen.

Meier: Ja, dabei sind wir alle ständig mit den Folgen – Hochwasser, Hitze, Dürre – konfrontiert. Diese Themen berühren alle Bürger*innen elementar, aber bei Wahlentscheidungen spielen sie kaum noch eine Rolle. Trotzdem müssen wir weiterhin mit Dringlichkeit für Klimaschutzmaßnahmen werben, Allianzen mit der Wirtschaft weiter ausbauen, schlicht und einfach drangleben: direkt vor Ort, aber auch im Bund und in Europa.

Wie können junge Wähler*innen zurückgewonnen werden, insbesondere auf TikTok?

Meier: Wir waren hier erst spät präsent, auch weil wir wegen der chinesischen Einflussphären zurückhaltend waren. Hier müssen wir besser werden. Und wir müssen eine Stimmung erzeugen, die dazu führt, dass Menschen sich wieder öffentlich hinstellen und sagen, wie wichtig grüne Politik ist. Wenn CDU oder SPD bei Wahlen ein paar Prozentpunkte mehr haben als die Rechtsextremisten, dann beruhigt das vielleicht das Gewissen. Der Einsatz für Naturschutz, Minderheiten und demokratische Jugendclubs ist dafür aber womöglich aus dem Parlament geflogen.

Im Wahlkampf haben Sie mit viel Gegenwind gekämpft.

Meier: Wir hatten schon vor der Europawahl Angriffe auf Politiker*innen und Wahlkampfteams. Das macht etwas mit den Mitgliedern und Engagierten, sie fragen sich: Traue ich mich noch an den Wahlkampfstand? Einige hat das abgeschreckt. Aber wir haben auch großartige Unterstützung erfahren: Aus vielen anderen Bundesländern waren Leute vor Ort, die geholfen haben, Flyer zu verteilen, Plakate zu hängen und am Wahlkampfstand zu diskutieren.

Nicht nur die politische Kultur, auch die Parteienlandschaft verändert sich gerade dramatisch.

Meier: AfD und BSW haben in Sachsen und Thüringen fast die Hälfte der Stimmen geholt, ähnlich sieht das Bild in Brandenburg aus. Jetzt wird viel über das BSW berichtet, weil mögliche Koalitionen mit dem populistischen Experiment Wagenknecht-Partei natürlich

tiefgreifende Fragen aufwerfen. Wir dürfen daneben aber nicht vergessen, dass in drei Bundesländern rund ein Drittel der Menschen rechtsextreme Parteien gewählt haben. Eine Schlussfolgerung: Wir dürfen uns nicht in die Spirale hinein bewegen, wie es die CDU teilweise tut, die den aggressiven Ton und die Themen der AfD übernimmt. Wir müssen es in Bund und Ländern schaffen, auf die Sorgen der Menschen so einzugehen, dass sie unsere Antworten auf die Herausforderungen, vor denen sie stehen, auch nachvollziehen können.

Was macht Ihnen Hoffnung?

Meier: Die engagierten Menschen in Sachsen, die sich nicht wegducken, die sich auch weiterhin engagiert in ihrer Kommune oder ihrem Verein einbringen. Und das sind oft auch die, die deutlich sagen, was auf dem Spiel steht: nämlich das, was sie 1989 in der friedlichen Revolu-

tion erkämpft und seitdem aufgebaut haben. Deshalb sollten wir uns damit gerade hier in Sachsen auseinandersetzen, was Demokratie und Freiheit für uns bedeuten.

Inwiefern?

Meier: Es erschreckt mich, wenn Bürger*innen mich fragen: Was wollen Sie denn mit Ihrer Demokratie? Es ist unsere gemeinsame Aufgabe als Bürger*innen, diese Frage zu beantworten. Politik kann dabei helfen, Projekte und Einrichtungen der Demokratievermittlung fördern, Bürgerbeteiligung ermöglichen. Am Ende muss aber jede und jeder Einzelne diese Frage für sich beantworten. Was will ICH mit dieser Demokratie?

INTERVIEW
CLAUDIA TEIBLER

ANZEIGE



Wir laden Deutschland

Willkommen im EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



Bild: Oliver Kiltig



Junge Menschen müssen die Auswirkungen der politischen Entscheidungen von heute am längsten tragen. Deshalb ist eine unserer wichtigsten Forderungen die Senkung des Wahlalters. Bei der Europawahl durften 16-Jährige wählen, bei der kommenden Bundestagswahl sind sie nicht wahlberechtigt. Die fühlen sich doch ihrer Stimme beraubt! Ich persönlich träume davon, dass man ab Geburt ein Wahlrecht hat, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Sobald man sich in ein Wähler*innen-Verzeichnis einträgt, darf man auch abstimmen. Gleichzeitig müssten wir stark in politische Bildung investieren – in der Schule, aber auch in der demokratisch organisierten Kinder- und Jugendarbeit. So wären junge Leute als politische Zielgruppe relevant für alle Parteien, was sich dann endlich auch in den Wahl- und Regierungsprogrammen niederschlagen würde.

WENDELIN HAAG 38, ist gewählter Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings. Der Verband vertritt die Interessen von insgesamt sechs Millionen jungen Menschen.

WAS
STÄRKT
DAS
WIR?

Der Arbeitsplatz ist oft ein wichtiger Ort für Zusammengehörigkeit. Man arbeitet gemeinsam mit Kolleg*innen an einer Sache oder für ein Unternehmen. Dabei entsteht auf natürliche Weise ein Gefühl des Zusammenhalts. Um dieses Gefühl zu stärken, sollten Beschäftigte die Möglichkeit haben, ihre Arbeitsbedingungen selbst mitzugestalten und zu verbessern – für sich und für andere. Man nennt diese Haltung der gegenseitigen Unterstützung auch ganz altmodisch Solidarität. Dabei helfen den Beschäftigten Gewerkschaften und Gremien der betrieblichen Mitbestimmung wie Betriebsräte. Werden die Interessen der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz gehört, stärkt das nicht nur die Wertschätzung für die Leistung des Einzelnen, sondern auch das Wir- und das Gerechtigkeitsgefühl – und so auch die Demokratie.

LINA OHLTMANN 37, ist Gewerkschaftssekretärin bei der Industriegewerkschaft IGBCE. Dort kämpft sie für die Rechte und eine angemessene Entlohnung von Beschäftigten – und gegen „alte weiße Windmühlen“.



MEHR
MÄNNER
IN
KITAS?

Das wäre wichtig, weil es Kindern gut tut, wenn sie auch in Kita und Hort weibliche und männliche Bezugspersonen haben. Derzeit sind die Gehälter, wie in allen sozialen Berufen, sehr überschaubar – nach einer Ausbildung, die vier Jahre dauert. Das muss sich ändern!

ANDREAS SCHINKEL 31, arbeitet seit neun Jahren in einem Hort.

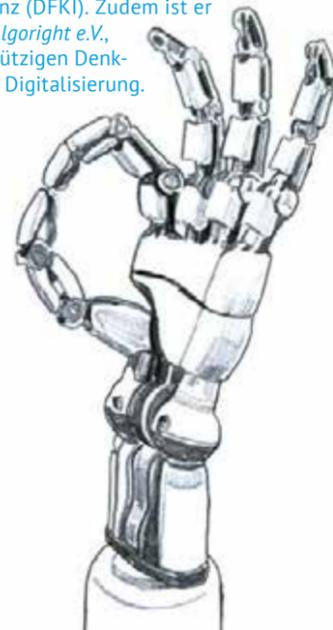
KEINE ANGST VOR KI?

Lasst uns mal eine Vision dessen entwerfen, was mit KI-Anwendungen möglich sein wird. Beispiel: Gesundheitsversorgung. Künstliche Intelligenz kann helfen, Therapien zu verbessern, Krankheiten frühzeitig zu erkennen und sogar Behandlungswege vorzuschlagen. In einer Gesellschaft, in der künftig sehr viele alte Menschen wenigen Fachkräften gegenüberstehen, hilft all dies ungemein. Auch für die Suche nach neuen Medikamenten kann eine generative KI eingesetzt werden. Genauso, wie ich sie beauftragen kann, eine rauchende Katze zu zeichnen, kann ich sie auch nach Substanzen suchen lassen, die die Wirkweise bestimmter krankheitsauslösender Enzyme unterdrücken. Das Ergebnis wird ebenso wenig perfekt sein wie die Katzenzeichnung und menschliche Expertise und Kontrolle benötigen, aber auf dieser Grundlage kann man zielgenau weiterforschen.

Wie alle KI-Technologien bietet eine solche Anwendung jedoch auch Gefahren: Eine KI, die helfen kann, ein bestimmtes Medikament zu entwickeln, kann womöglich auch dazu beitragen, einen neuen Krankheitserreger zu generieren, der eventuell sogar perfekt auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe zugeschnitten ist. Um solche Risiken zu erkennen, mit ihnen umzugehen und sich generell in einer sich rasch wandelnden digitalen Welt zurechtzufinden, braucht es viel – vor allem auch eine digital kompetente und mündige Bevölkerung. Wir müssen möglichst vielen Menschen allen Alters wenigstens fundamentale IT-Kenntnisse vermitteln. Und wir müssen uns

darauf einstellen, ein Leben lang zu lernen, um nicht von Entwicklungen überrollt zu werden. Der Staat muss massiv investieren, etwa indem Beschäftigte in kriselnden Wirtschaftszweigen eine Unterstützung bekommen, um sich für den Umgang mit KI weiterzubilden. So ergeben sich neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft. Auch Fortbildungsangebote für alle Menschen, wie der kostenlose KI-Campus, müssen viel umfassender gefördert und beworben werden. Nur wenn Bürger*innen, vor allem aber auch Betriebs- und Personalrät*innen, öffentliche Verwaltungen und Parlamente über umfassendes technologisches Verständnis verfügen und auch die ethischen Fragestellungen begreifen, die mit diesen Herausforderungen verbunden sind, werden wir diese Transformation und ihre gesellschaftlichen Folgen steuern lernen – statt sie einfach passieren zu lassen.

KEVIN BAUM 38, ist Informatiker, promovierter Philosoph und Leiter des *Centers for European Research in Trusted AI (CERTAIN)* am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI). Zudem ist er Mitglied von *Algoright e.V.*, einer gemeinnützigen Denkfabrik für gute Digitalisierung.



KOEHLE → FÜR ← KLIMASCHUTZ?

Aus der Perspektive der Wissenschaft ist es unfassbar frustrierend, dass so vielen Menschen nach wie vor nicht klar zu sein scheint, in welchen Dimensionen der Klimawandel voranschreitet. Trotzdem sollten wir Grüne betonen, dass die Klimakatastrophe nicht unausweichlich und es möglich ist, die Welt besser zu gestalten – wenn wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Die Klimakrise ist unfassbar ungerecht. Die Folgen werden fast immer von den Ärmeren getragen. Das gilt global, aber auch in Deutschland. Der CO₂-Preis und das Klimageld sind sehr gute Mittel, dem entgegenzuwirken. Wenn wir das Geld, das wir durch die CO₂-Bepreisung einnehmen, zu gleichen Teilen an die Bevölkerung verteilen, ist das ein Weg der Umverteilung. Die Menschen mit weniger Einkommen stoßen fast immer deutlich weniger CO₂ aus und machen durch diese Maßnahme klar Plus. Das Klimageld sollte nun als so wichtige Maßnahme auch umgesetzt werden.

NILS MOOSDORF 42, ist Professor für Hydrogeologie, forscht am Leibniz Institut in Bremen und an der Uni Kiel. Er ist Mitglied der *Scientists for Future* und Mitbegründer der Bremer Klimabahn.

MEHR IN FORSCHUNG INVESTIEREN?

Eine aktuelle Studie belegt, dass US-Unternehmen weitaus mehr in Forschung und Entwicklung investieren als ihre europäischen Konkurrenten – auch wenn Forschung ein Prozess ist, der Zeit braucht und ergebnisoffen ist. Wenn wir Investitionen etwa in die Entwicklung nachhaltiger oder digitaler Technologien nicht tätigen, siedeln sich innovative Firmen nicht bei uns an, sondern in anderen Ländern, wo möglicherweise unter ganz anderen sozialen, ethischen und ökologischen Gesichtspunkten gearbeitet wird. Und: Spitzenkräfte wandern ab oder kommen gar nicht erst nach Deutschland. Darin liegt das viel höhere Risiko.

ALEXANDER LINK 34, stammt aus Schleswig-Holstein, studierte in Tübingen und Heidelberg und ist stellv. Sprecher der BAG Wissenschafts-, Hochschul- und Technologiepolitik.

ALLEINERZIEHEND = ARMUT?

Bekommen Eltern genug Wertschätzung? Was Alleinerziehende betrifft: klares Nein. Wir haben ein Steuersystem, das Ehepaare mit unterschiedlichen Einkommen begünstigt, Solo-Eltern aber kaum Erleichterung verschafft. Und wenn die Forderung laut wird, dass die Arbeitszeit erhöht werden soll, frage ich mich, wie das für sie gehen soll. Derzeit arbeiten Mütter im Schnitt 26 Stunden, Alleinerziehende 31 – und sind damit am

Anschlag, weil Haushalt und Care-Arbeit ja auch noch dazukommen. Im Vergleich zu Kinderlosen müssen sie aber Einkommenseinbußen hinnehmen. Gerade bei Trennungsfamilien wirkt sich das drastisch aus: Jede zweite dieser Familien ist armutsgefährdet. Die Kindergrundversicherung ist dafür so wichtig.

ANNE DITTMANN 34, beschäftigt sich als Journalistin und Speakerin mit Familienpolitik, vor allem mit der Situation von Alleinerziehenden.

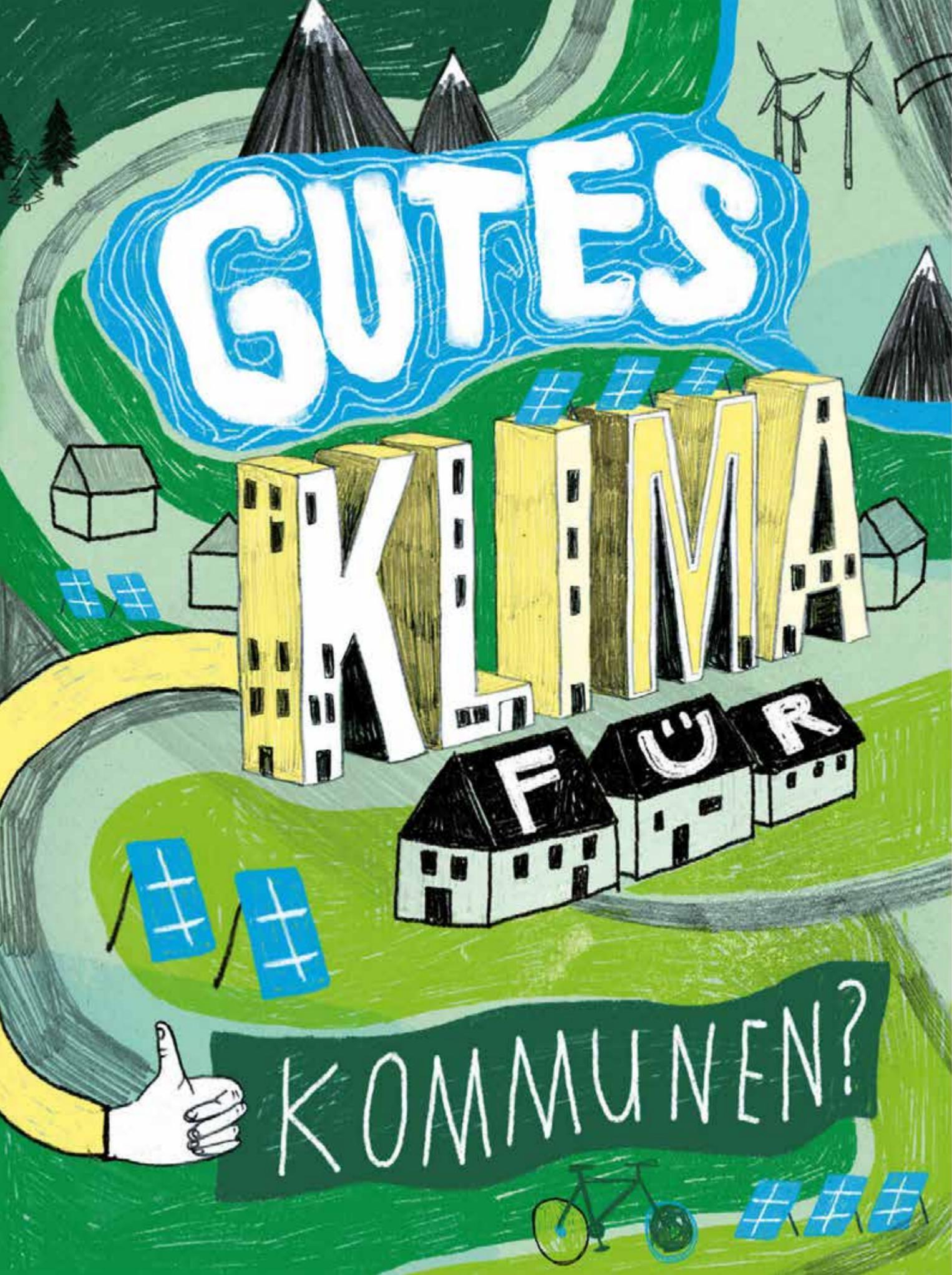
ANZEIGE

**WIR SIND DIE
MEDIZINISCHER-FORTSCHRITT-
VERSICHERUNG.**

Die PKV fördert innovative Behandlungsmethoden, neue Medikamente und digitale Gesundheitslösungen. Das verbessert die medizinische Versorgung für alle.

Mehr Informationen unter:
www.pkv.de/besser-für-alle

PKV
Verband der Privaten
Krankenversicherung



Wie wir in der Klimakrise ins Handeln kommen? Die Frage sollte lauten: wo? Das größte Potenzial, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, haben wir in den Kommunen. Leider schreiten die Prozesse noch zu langsam voran. Es geht um ganz praktische Aufgaben, die von den Bürger*innen selbst angepackt werden müssen. Ich lebe in Nürtingen, in einer Stadt mit 40.000 Einwohner*innen. Dort haben wir eine „Klima-Taskforce“ gegründet und schon richtig viele Projekte ins Leben gerufen. Unsere Arbeitsgruppe Energie organisiert beispielsweise eine Sammelbestellung für Balkonkraftwerke. Ein anderes Projekt heißt „Dämm_it!“ – wir dämmen gemeinschaftlich private Häuser. Wir bieten Infoabende zur Photovoltaik an, haben Bürger*innen zu Solar-Berater*innen ausgebildet. Ein echter Renner sind unsere Events, auf denen Kleidung getauscht, aber auch repariert werden kann. Wir rufen außerdem gerade eine „Bibliothek der Dinge“ ins Leben, wo die Leute Werkzeug und Geräte ausleihen können. Mit konkreten Klimaschutzprojekten kann man begeistern. Sie machen Spaß und obendrein kann man dabei noch Geld sparen. Wir wollen die Vorteile aufzeigen, die der Klimaschutz mit sich bringt. Zeigen, dass unsere Stadt dadurch lebenswerter wird. Egal, ob es um Verkehrsberuhigung geht oder um die Ge-

staltung von Rückzugsräumen für heiße Tage. Wir haben durch diese Maßnahmen einen regen Austausch mit den Bürger*innen. Ohne dass sich die Stimmung immer gleich aufheizt. Wir haben Mitstreiter*innen, die aus ganz verschiedenen Lagern kommen. Menschen sind bereit, sich einzubringen. Auf der kommunalen Ebene können Projekte angeschoben und Bündnisse geschmiedet werden, die sonst unmöglich wären. Es ist wichtig, die Kommunen zu stärken. Es kann nicht sein, dass sich eine Stadt nicht leisten kann, Klimaschutz umzusetzen, weil sie zu wenig Geld zur Verfügung hat. Dazu ist das Anliegen zu wichtig.

CLARA SCHWEIZER 22, studiert Politikwissenschaft und Öffentliches Recht in Tübingen und ist Gründerin des Vereins *Klima-Taskforce e. V.* in Nürtingen. Darüber hinaus ist sie grünes Mitglied im Gemeinderat Nürtingen und Kreistag Esslingen.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Kommunale Wärmewende strategisch planen – Ein Leitfaden



156 Seiten
Juni 2024

Der Leitfaden skizziert die Akteurslandschaft der Wärmewende und gibt Kommunen Hinweise, wie sie die passenden Partner für die Umsetzung finden. Mit vielen Praxisbeispielen.

boell.de/waermewende

ICH. DU. WIR.

Nachdenken über eine demokratische Öffentlichkeit – Zukunftswache 2024

18. – 22. November 2024

Zeitung und Newsfeed. Bilderflut und Faktencheck. Stammtisch und Debatte. Hier dreht sich alles um Nachrichten, Kommunikation und Meinungsbildung, um die Macher*innen und die Nutzer*innen. In Berlin, im Livestream, in den sozialen Medien.

Anmeldung ab September 2024 auf boell.de

Unser Newsletter

Jeden Monat. Kostenfrei. In Eure Mailbox. **Jetzt abonnieren!**



Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung
[boellstiftung](https://www.facebook.com/boellstiftung) [boell_stiftung](https://twitter.com/boell_stiftung)

ENERGIEWENDE ON FIRE?

Solarenergie ist nicht zu stoppen. Sie ist die günstigste Energieform aller Zeiten. Supereinfach zu bauen und vielseitig. Mittlerweise gibt es sogar Zäune aus sogenannten bifazialen Modulen, die auf beiden Seiten Sonne ernten. Zu den vielen Vorteilen von Solarenergie gehört, dass diese Projekte schnell umzusetzen sind und innerhalb des geplanten Budgets bleiben. Wir müssen diese enormen Kostenvorteile nutzen und möglichst vielen Leuten ermöglichen, mitzumachen. Der Erfolg der Erneuerbaren ist unmittelbar mit Dezentralität verbunden. Dieses Geflecht aus unendlich vielen kleinen und mittleren Projekten müssen wir umarmen und feiern. Die Nutzer*innen, ob privat oder industriell, werden lernen, geschickt mit den Peaks zu arbeiten: Die wahre Herausforderung besteht ja darin, die Energie zum richtigen Zeitpunkt zu nutzen und den Rest zu speichern. In Form von Batterien, die gerade immer günstiger und effizienter werden.

Aber auch in Form von thermischen Speichern. Ich habe selbst drei Energiespeicher-Startups mit aufgebaut. Das ist kein Hexenwerk. Wärme macht 50 Prozent unseres Energiebedarfs aus und ist leicht speicherbar, ob als Prozesswärme für die Industrie oder im Privathaushalt. Wenn die Marktregeln es honorieren, vernetzen sich die unterschiedlichen Speicher ganz automatisch. Technisch ist das alles

sehr leicht machbar. Dazu kommt dann noch der grüne Wasserstoff. Der kann Sonnen- und Windenergie monatelang speichern und gut in Pipelines, etwa umgebauten Gasleitungen, transportiert werden. Diejenigen Staaten, die es schaffen, die Erneuerbaren effektiv zu nutzen, werden die führenden Wirtschaftsnationen der Zukunft sein. Das ist glasklar, und die allermeisten Unternehmen wissen das auch. Hier in Deutschland wird uns helfen, dass die Leute so viel Spaß daran haben zu optimieren und zu sparen. Wichtig ist bei alledem, dass es die richtigen Preissignale gibt. Auch um das Kapital zu mobilisieren, das wir brauchen. Die Kostenvorteile der Erneuerbaren müssen jetzt bei den Menschen ankommen. Wir brauchen weniger Restriktionen, einfachere Regeln und maximale Flexibilität. Wenn wir das schaffen, werden die Leute verstehen, dass wir keine Verbots-, sondern eine Ermöglichungspartei sind. Wir müssen klarer über die vielen Vorteile sprechen, die wir dank der Energiewende haben werden.

PHILIP HIERSEMENZEL 50, ist Volkswirt, Firmengründer und Sprecher der BAG Energie des parteiinternen Think Tanks der Grünen zum Thema Energiewende sowie Sprecher des Sprecher*innenrats aller 25 BAGen.



JUGEND AM LIMIT?

Der Start ins eigene Leben ist für uns junge Menschen nicht einfach: Lebensmittel sind teuer, Mieten unerschwinglich. Das geht finanziell ans Limit. Der einzige Weg ist eine WG, doch auch ein Zimmer dort kostet meist mehr, als man mit einem Minijob verdienen kann. Wenn man überhaupt ein Zimmer findet: Man muss privat Leute kennen oder vermögende Eltern haben, sonst hat man mit Anfang 20 in einer Großstadt kaum eine Chance. Wien erscheint einem da wie ein Traum: Ein Viertel aller Wiener*innen lebt in einer günstigen, städtischen Wohnung, und es gibt ein Amt, an das man sich wenden kann. Selbst wenn sich das in Deutschland so nicht realisieren lässt: Würde der Staat so viele Wohnungen bauen, wie er versprochen hat, und dort die Mieten niedrig halten, wäre schon viel geholfen.

FELIX SCHORLEMMER 21, hat gerade die Schauspielschule abgeschlossen und arbeitet Teilzeit als Lagerist, um finanziellen Rückhalt für den Aufbau seiner Karriere zu haben.

ZEITPLAN

September 2024
Cluster-Sitzungen der Bundesarbeitsgemeinschaften

15.-17. November 2024
Workshops bei der BDK in Wiesbaden

Mitte Januar 2025
Vorstellung Programmentwurf durch den Bundesvorstand

Im Anschluss
Regionalforen und Workshops zum Entwurf, Austausch mit Ländern, Verbänden, NGOs

21. Februar 2025
Antragsschluss für Änderungsanträge zum Programm

28.-30. März 2025
Programm-BDK in Berlin

Mission Bundestagswahlprogramm 2025

Ein Wahlprogramm schreibt sich nicht von selbst: Wie wir uns thematisch für die Bundestagswahl 2025 aufstellen.

Mit dem Programm zur Bundestagswahl 2025 legen wir den Grundstein für eine herausfordernde Mission: Nach vier Jahren grüner Regierungsbeteiligung zeigen wir auf, warum wir weiter Verantwortung für unser Land übernehmen und wie wir es gestalten wollen. **Wir wollen zusammen ein Programm schreiben, das nach vorne gerichtet ist – und das Hoffnung und Zuversicht vermittelt.**

Unsere Bundesarbeitsgemeinschaften haben bereits prioritäre Projekte erarbeitet. Auch Verbände, NGOs und Initiativen können sich einbringen. Auf der BDK wollen wir mit dem Stand der Dinge in Workshops diskutieren. Nach der Vorstellung des Entwurfs Mitte Januar laden wir euch sowie die Verbände und NGOs zu weiteren Workshops ein.

Wende dich bei Fragen an programm25@gruene.de

ANZEIGE

KLIMA und UMWELT

Ausgabe
5 | 2024

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe. Es geht um Strategien, Konzepte und Pläne, Stadtbäume und invasive Arten, historische Gärten und Umbaukultur.



Einzelpreis: 13 Euro
plus Versandkosten 1,70 Euro
Abopreis (6 Ausgaben): 66 Euro

Alternative Kommunalpolitik (AKP) e.V.
Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld | akp@akp-redaktion.de

Was im Herbst 1989 passiert, ist auch im Rückblick noch unfassbar: Ohne Gewalt zwingen die Menschen die DDR-Diktatur in die Knie. Was mit einigen mutigen Oppositionellen beginnt, endet in einer friedlichen Revolution. Nach dem Mauerfall gründen Mitglieder der DDR-Umweltbewegung die ostdeutsche Grüne Partei. Ein Rückblick in Bildern.



MONTAGSDEMONSTRATION

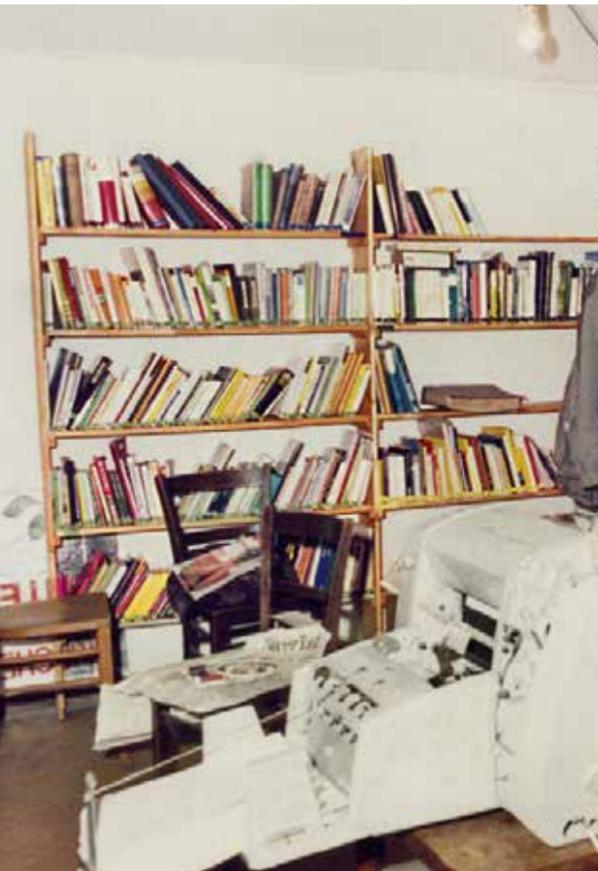
In Leipzig, in Schwerin (Bild) und in vielen anderen Städten kommen 1989 immer mehr DDR-Bürger*innen zusammen. Aus Friedensgebeten werden Massendemonstrationen. „Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und auf Gebete“, wird DDR-Spitzenfunktionär Horst Sindermann zitiert.



GRENZÖFFNUNG UND MAUERFALL

Der 9. November 1989: Bilder, die um die Welt gehen. Tausende Ostberliner*innen reißen Grenzen nieder und tanzen auf der Mauer, die Berlin 28 Jahre lang geteilt hat.

Montagsdemonstrationen: Ullstein Bild/ImageBROKER/Lothar Steiner | Grenzöffnung und Mauerfall: Bundesstiftung Aufarbeitung, Uwe Gerig, Bild 5015 | Gründung Grüne Partei der DDR: Jöker



Umweltbewegung: BStU, MfS, HA XX, Fo, Nr. 59, Bild 10 | Bündnis 90/Die Grünen: Archiv Grünes Gedächtnis

GRÜNDUNG GRÜNE PARTEI DER DDR

Am 24. November 1989 gründet sich aus den Reihen der Umweltbewegung in Halle die „Grüne Partei in der DDR“. Der erste Parteitag folgt im Februar (Bild). Bei der Bundestagswahl 1990 fliegen die West-Grünen aus dem Bundestag, weil sie den Wunsch der Mehrheit nach Wiedervereinigung unterschätzen. Ost-Grüne und Bündnis 90, in dem sich große Teile der DDR-Bürgerrechtsbewegung versammelt hatten, schaffen den Einzug – der Osten rettet das grüne Gesamtprojekt.

UMWELTBEWEGUNG

Smog, Giftmüllkippen, vergiftete Flüsse: Auch die katastrophale Umweltsituation in der DDR ist ein Auslöser der friedlichen Revolution. Seit den 1970er-Jahren hatten sich oppositionelle Umweltgruppen gebildet. Sie treffen sich an Orten wie der Berliner Umweltbibliothek (Bild), die überall im Land entstehen.



V.l.n.r.: Henry Schramm, Judith Demba, Victor Liebrecht, Christina Weiske, Dorrit Nessel-Stranz, Friedrich Heilmann



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Erst schließen sich West- und Ost-Grüne zusammen, im Jahr 1993 dann Die Grünen und das Bündnis 90. Der Weg zum Vereinigungsparteitag in Leipzig 1993 (Bild) ist steinig, lohnt sich aber. Das Land erlebt das seltene Beispiel einer ost-westdeutschen Vereinigung auf Augenhöhe. Mehr Infos über die Fusion von Bündnis 90 und den Grünen findet ihr in der Ausgabe 3/2018 unseres Magazins: gruene.de/fusion und in unserer Chronik: gruene.de/unsere-gruene-geschichte



Europagruppe Grüne

Wir, die Europagruppe Grüne, stehen vor herausfordernden Jahren. Das Europaparlament hat sich durch den massiven Rechtsruck nach den Europawahlen verändert. Die Rechten wollen Europa schwächen. Doch das werden wir nicht zulassen!

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE



Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

Grüne in Verantwortung

Nach dem massiven Rechtsruck ist das Europaparlament ein anderes. Die Rechten wollen Europa destabilisieren und stellen nationale Interessen über die Werte, die uns ausmachen. Deshalb haben wir Grüne als der Verantwortung gestellt und Ursula von der Leyen gewählt: Wir wollen die demokratische Mitte stärken und verhindern, dass die EU-Kommissionspräsidentin bei den Rechten in der Bringschuld steht.

Dafür haben wir Prioritäten für den Green Deal, für ein soziales Europa sowie Maßnahmen zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durchgesetzt. Werden die kommenden fünf Jahre einfach? Nein. Aber ich bin dafür angetreten, dass wir für eine offene, tolerante und inklusive Gesellschaft streiten. Unser



Europa ist stolz auf seine Vielfalt. Lasst uns eine bessere Zukunft für kommende Generationen schaffen.

TERRY REINTKE

Europa ist stark, wenn wir gemeinsam für unsere Demokratie einstehen. Gegen Rechts.

Europas Werte verteidigen

Robuste Rechtsstaatlichkeit, eine werte- und strategiegeleitete Außenpolitik und eine transformative Digitalpolitik, die Europa als Standort für Innovation und Industrie positioniert – das sind weiterhin meine Themen im Europaparlament. Für die anhaltende Unterstützung der Ukraine und volle Solidarität mit den Ukrainer*innen werde ich mich so lange und vehement einsetzen wie nötig. Den Weg der Ukraine und weiterer Länder der östlichen Partnerschaft in die EU will ich in dieser Legislaturperiode mitgestalten. Das von mir initiierte Europäische Vereinsrecht zum Schutz der Zivilgesellschaft ist endlich auf der Zielgeraden. Es gilt nun, dieses mit den EU-Mitgliedstaaten zu verhandeln und zum Wohle der Zivilgesellschaft zu einem



Erfolg zu machen. Es gibt wieder viel zu tun – packen wir es an!

SERGEY LAGODINSKY

Als Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung EuroNest werde ich die Östliche Partnerschaft stärken.

Wirtschaft im Kreislauf

Mit einheitlichen Ladekabeln und dem Recht auf Reparatur wird der Alltag von Europäer*innen bequemer durch hohen Schutz der Verbraucher*innen und Kreislaufwirtschaft. Als Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Schutz der Bürger*innen werde ich in der neuen Legislaturperiode den Schutz der Verbraucher*innen fit machen für die rasante Digitalisierung und den Onlinehandel. Vor allem werde ich mich stark machen für ein EU-Gesetz für Kreislaufwirtschaft mit klaren Vorgaben zur Verringerung unseres massiven Ressourcenverbrauchs und einen Binnenmarkt für gebrauchte Produkte und Materialien. Ein wichtiger Hebel für den Green Deal wird die Neuausrichtung der öffentlichen Beschaffung sein, mit der wir die Nachfrage nach nachhaltigen Waren und Dienstleistungen ankurbeln. So wird der Binnenmarkt schrittweise zum Werkzeug gegen die Klimakrise.



ANNA CAVAZZINI

Als Vorsitzende des Binnenmarktausschusses streite ich für ein Gesetz für Kreislaufwirtschaft.

Den Green Deal vollenden

Der europäische Green Deal ist das erfolgreichste Gesetzespaket zum Klimaschutz in der Geschichte der EU. Er hat den europäischen Klimakurs um mehr als ein Grad Celsius verbessert. Doch es bleibt unglaublich viel zu tun! Ich möchte, dass gute Jobs in Fabriken für Windkraftanlagen, Solarmodule und bei der Herstellung von Zügen und E-Autos entstehen. Mit der Modernisierung der Industrie und der Wirtschaft können wir das Versprechen einer gerechten Zukunft für alle einlösen. Dafür setze ich mich weiter im Europäischen Parlament ein! Gemeinsam mit euch möchte ich für Klimaschutz in Europa und den klimasozialen Umbau der Wirtschaft, Industrie und Gesellschaft streiten. Mit dem EU-Klimagesetz, dem CO₂-Emissionshandel und dem Aus für Verbrenner haben wir Erfolge gefeiert. Aber wir sind noch lange nicht fertig und können den Green Deal zum europäischen Erfolgsmodell machen.



MICHAEL BLOSS

Lasst uns den Green Deal verteidigen! Packen wir das gemeinsam an: michaelbloss.eu/newsletter



Die Arbeit geht weiter

In der letzten Legislaturperiode haben wir an der Seite der Aktivist*innen im Iran, für die Unterstützung der Ukraine und für die Rechte von Frauen in Afghanistan gestritten. Gleichzeitig haben wir uns gegen Hass und Hetze im Netz und auf unseren Straßen engagiert und der Desinformation entgegen gewirkt, die unsere Debatten vergiftet. Bei den letzten Europawahlen sind die Rechten und Putinversteh*innen stärker geworden und damit ist unsere Arbeit zu diesen Themen wichtiger denn je. Ich werde mich weiter in den entsprechenden Ausschüssen und Debatten engagieren, um eine starke demokratische Zivilgesellschaft in Europa zu fördern, eine europäische Außenpolitik zu entwickeln, die alle Menschen gleichermaßen in den Blick nimmt, und eine effektive europäische Verteidigungspolitik voranzutreiben.



HANNAH NEUMANN

Folgt mir auf Instagram oder TikTok für mehr Infos und sendet mir dort gerne Anregungen und Feedback.

Für die Ökologisierung der ländlichen Räume

Die zehnte Legislaturperiode des Europäischen Parlaments wird keine einfache werden. Durch die Stärkung der Rechten und Rechtsextremen werden Klima, Umwelt und ländliche Regionen aus dem politischen Sichtfeld geschoben. Ich will mit meiner politischen Arbeit im EU-Agrar- und Umweltausschuss aber genau diese Themen in den Fokus stellen. Im Umweltausschuss werde ich weiter für eine klare Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von neuer Gentechnik streiten. Weiterhin setze ich mich für eine nachhaltige Forststrategie ein, die Hand in Hand mit einer Stärkung des Klimaschutzes gedacht werden muss. Denn nicht nur der Verlust an Biodiversität, sondern auch Hitze und Wassermangel führen zu erheblichem Stress im Wald. Auf der Tagung „Wald im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie“ am 22. November in Bad Zwesten werden wir das Thema diskutieren.



MARTIN HÄUSLING

Ich setze mich dafür ein, dass die Gemeinsame Agrarpolitik an Nachhaltigkeitsparametern ausgerichtet wird.



Diversität schützen

Vielcult, Menschenrechte, Minderheitenschutz: Das, wofür die Europäische Union als Hüterin steht, versuchen die Faschist*innen nun von innen auszuhöhlen. Mehr denn je müssen wir gemeinsam mit den progressiven Stimmen im Europaparlament die Fahne für ein inklusives, soziales, feministisches Europa hochhalten. Das Europäische Parlament ist nach dieser Europawahl nicht diverser – ganz im Gegenteil. Von 720 Abgeordneten bleibe ich die einzige weibliche Person mit einer sichtbaren Behinderung. Diversität scheint derzeit keine Priorität zu haben. Bereits jetzt hat die EU-Kommission die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie von der Tagesordnung gestrichen. Trotzdem: Der Enthusiasmus bei den Paralympics in Paris zeigt, dass jetzt der Zeitpunkt ist, um ein inklusives und barrierefreies Europa voranzubringen. 2025 wird die EU von der UN auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft. Gemeinsam mit Aktivist*innen werden wir diesen Moment nutzen, um unsere Rechte einzufordern.



KATRIN LANGENSIEPEN

Im Sozial-, Verbraucher*innen- und Frauenausschuss streite ich für ein inklusives und barrierefreies Europa.

Für ein Europa der Menschenrechte

Uns als Grüne Delegation stehen herausfordernde Jahre bevor, in denen in doppelter Hinsicht Verantwortung auf uns zu kommt. Einerseits tragen wir mit den anderen demokratischen Fraktionen die Verantwortung, dass Rechtsextreme keine politische Macht in Europa bekommen und sich ihre Narrative ausbreiten. Andererseits wollen wir möglichst viele grüne Inhalte umsetzen, dafür sind wir gewählt. In der aktuellen Migrationsdebatte merken wir, wie schnell rechtsstaatliche Grundsätze, aber auch der europäische Zusammenhalt, durch populistische Debatten gefährdet werden können. Die zentralen Herausforderungen in Deutschland und Europa sind vielfältig. Allzu viele versuchen, diese Komplexität hinter plumper Stimmungsmache gegen Asylsuchende und das Asylrecht zu verstecken. Wir werden weiter dafür streiten, dass mit pragmatischen Ansätzen die Menschenwürde und das Asylrecht verteidigt und die Probleme bei Integration und Arbeitskräftemangel angegangen werden.



ERIK MARQUARDT

Als Delegationsleiter der Europagruppe Grüne streite ich für Menschenrechte und für ein faires Asylsystem.

Green Deal 2.0

Der Green Deal gerät unter Druck. Noch nie gab es im Europäischen Parlament so viele Rechtsextreme und Rechtspopulist*innen, die das Erreichte bei Energie und Klima rückgängig machen und Natur- und Umweltschutz ganz abschaffen wollen. Die Europäische Volkspartei mit der CDU/CSU und Frau von der Leyen müssen sich entscheiden, ob sie an der Seite der Europafeind*innen oder geschlossen für eine demokratische und nachhaltige Zukunft stehen. Es ist an uns, deutlich zu machen, dass der Schutz unserer Überlebensgrundlagen weder parteipolitisches Einzelinteresse ist, noch auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft erfolgen darf. Es gilt also, aus dem Energy and Climate Deal der letzten Legislaturperiode einen Green and Social Deal zu machen!



JUTTA PAULUS

Unser Überleben sichern gesunde Ökosysteme. Sie liefern Trinkwasser, saubere Luft und fruchtbare Böden.

Liest hier noch jemand mit?

Seit fünf Jahren veröffentliche ich auf diesen letzten Seiten im Mitgliedermagazin kleine Texte und ich frage mich jedes Mal, ob bis hier hinten auf diesen Sammelseiten noch eine*r von euch dabei bleibt und mitliest. Deswegen interessiert mich euer Feedback. Wenn ihr diesen Text lest, schreibt mir eine Mail an daniel.freund@ep.europa.eu und sagt mir gern, welche europäischen Inhalte ihr hier am liebsten lesen würdet. Als Dank für eure Mühen schicke ich euch gerne einen Europaschal zu. Falls ihr mich nicht kennt: Ich bin Daniel Freund, seit 2019 euer Europaabgeordneter und in meiner politischen Arbeit streite ich gegen Korruption und für saubere Politik.



DANIEL FREUND

Ich streite gegen Korruption und für saubere Politik.

Digitales Made in Europe

Wir müssen unsere Demokratie vor Radikalisierung im digitalen Raum schützen. Wir haben in Europa gute Gesetze verabschiedet, um Hass, Hetze und Desinformation einzudämmen und gleichzeitig die Meinungsfreiheit zu stärken. Aber langfristig müssen wir in Europa auch die Technologien selber beherrschen. Die autoritären Pläne von Donald Trump zeigen, wie gefährlich es ist, wenn unsere Technologie komplett von US-Konzernen abhängig ist, die auch die technische Infrastruktur kontrollieren. Ich streite für den Aufbau einer eigenen europäischen Infrastruktur und Unternehmenslandschaft, die nicht auf Überwachung und Monopolen beruht. Denn dieses Geschäftsmodell macht Hass und Desinformation so gefährlich. Deshalb müssen wir in Europa in öffentliche digitale Infrastruktur investieren und auf offene Standards und Protokolle setzen, damit unsere Unternehmen und Start-Ups wieder wettbewerbsfähig werden.



ALEXANDRA GEESE

Lasst uns in Europa eine eigene Tech-Szene aufbauen, die die Demokratie im digitalen Zeitalter stärkt.

Mehr Investitionen

Viele grüne Forderungen haben es in die politischen Leitlinien der EU-Kommission für die kommende Legislaturperiode geschafft. Darauf können wir stolz sein. Als Wirtschafts- und Finanzpolitiker freut mich besonders die geplante Schaffung eines Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit. Das ist eine Idee, für die wir Grüne schon lange werben. Der Fonds darf aber nicht zum Rohrkrepierer werden. Er muss großzügig ausgestattet sein und gezielt die Umstellung unserer Volkswirtschaften auf Grün gewährleisten. Das ist unumgänglich, wenn wir das Klimaziel von 90 Prozent bis 2040 erreichen wollen. Dafür muss sich Ursula von der Leyen nun in den eigenen Reihen und bei den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten einsetzen. Die Bundesregierung steht da leider auch noch auf der Bremse.



RASMUS ANDRESEN

Als Wirtschafts- und Finanzpolitiker streite ich im Europaparlament für ein besseres Europa.



Gemeinsam für ein grüneres Europa

In Europa stehen wir vor herausfordernden Jahren. In der Klimapolitik, im Einsatz für den Frieden, bei der Migration oder den Herausforderungen von Desinformation und Populismus. Die großen Fragen unserer Zeit lassen sich längst nicht mehr in den Hauptstädten Europas gestalten. Sie erfordern den Zusammenhalt der Europäischen Union. Wir Grüne sind entschlossen, mehr Verantwortung zu übernehmen – für den Zusammenhalt in Europa und die Weiterentwicklung der Europäischen Union. Im Wahlkampf haben wir versprochen, entschlossen für unsere Werte einzutreten

„Wir Grüne sind entschlossen, mehr Verantwortung zu übernehmen – für den Zusammenhalt in Europa und die Weiterentwicklung der Europäischen Union.“

und sicherzustellen, dass der Aufstieg der Rechtsextremen gestoppt wird. Dieser Verantwortung stellen wir uns mit zwölf Europaabgeordneten mit Nachdruck. Trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses werden wir als Delegation alle Bundesländer, Bundesarbeitsgemeinschaften und Themen abdecken. Wir freuen uns, wenn ihr uns Europaabgeordneten in den sozialen Medien folgt und uns eure Ideen und Anregungen schreibt oder Fragen stellt. Und natürlich freuen wir uns auch über Einladungen in die Kreisverbände, um aus Europa zu berichten und für Diskussionen zur Verfügung zu stehen. Besonders im anstehenden Bundestagswahlkampf sollte Europa zentraler Anker unserer grünen Politik sein.



Die Delegationsleitung der Europagruppe Grüne: Sprecher Erik Marquardt und Stellvertreter*innen Hanna Neumann, Alexandra Geese und Sergey Lagodinsky.

TERMINE

15.–17.11.24

50. Bundesdelegiertenkonferenz:

Bei unserem Jubiläumsparteitag stellen wir die Weichen für das Bundestagswahljahr. Der Bundesvorstand wird in Wiesbaden sein Amt geschlossen niederlegen und bis dahin die Geschäfte weiterführen. Auf der BDK wird dann ein **neuer Bundesvorstand gewählt**. Zudem stimmen wir wie immer über verschiedenste Anträge ab.
Mehr Infos unter gruene.de/bdk

6.–8.12.24

EGP-Congress:

Die European Green Party (EGP) setzt sich aus nationalen Parteien zusammen, die grüne Werte teilen und die nicht nur in der EU, sondern in ganz **Europa** aktiv sind. Beim EGP-Congress kommen sie zusammen, um sich zu **vernetzen**, voneinander zu lernen und inhaltliche Positionen zu verhandeln. Dieses Mal wird die neue Legislaturperiode des Europaparlaments und die Neuwahl des Vorstandes im Zentrum stehen.
Mehr Infos unter europeangreens.eu

2.3.25

Bürgerschaftswahl in Hamburg:

Die Bürger*innen in Hamburg wählen am 2. März 2025 eine neue Bürgerschaft.
Mehr unter gruene-hamburg.de/wahl

28.–30.03.25

51. Bundesdelegiertenkonferenz:

Bei unserer Programm-BDK stimmen wir über das Wahlprogramm ab, mit dem wir in den Bundestagswahlkampf gehen. Siehe dazu auch **Seite 25** in diesem Heft.

28.9.25

Bundestagswahl:

Im kommenden Jahr wird ein **neuer Bundestag** gewählt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat als Termin den **Sonntag, 28. September 2025**, festgelegt.

IMPRESSUM

Das Magazin der Grünen –
Mitgliederzeitschrift
Nr. 19, ISSN 2509-3193
Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Emily Büning, Politische
Bundesgeschäftsführerin
V.i.S.d.P.: Annkathrin Schäfer

**Redaktion, Gestaltung,
Produktion:**
Anzinger und Rasp, München
Redaktion: Alexandra Bürger
(Leitung), Gero Günther, Elisa
Holz, Claudia Teibler
Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:
E-Mail: magazin@gruene.de
Redaktion: Das Magazin
der Grünen, Triftstraße 13,
80538 München

Stand: September 2024

Anzeigenverwaltung:
Runze & Casper Werbeagentur
Linienstraße 214, 10119 Berlin
Tel.: 030/28 01 80-0
E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:
132.000 Exemplare
Dierichs Druck, Kassel, auf
100% Recyclingpapier.
Den Auflagen von Nordrhein-
Westfalen und Rheinland-
Pfalz liegen Zeitungen der
Landesverbände oder Land-
tagsfraktionen bei.

Jahresabonnement:
Zwei Ausgaben: 11,90 Euro
Bestellung schriftlich an:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Die nächste Ausgabe erscheint
voraussichtlich im April 2025.

LINKS GRÜN VOLL SCHRIFT



taz zeitung für morgen

10 x DIE WOCHENTAZ
TESTEN FÜR NUR 10 €
TAZ.DE/GRUENE





FÜR STARKE GRÜNE

Mach mit im Bundestagswahlkampf!

Am 28. September 2025 finden die nächsten Bundestagswahlen statt. Wir kämpfen dabei für starke GRÜNE – für mehr Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, eine starke Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Schon jetzt kannst du dich einbringen und für den Wahlkampf unsere Partei unterstützen. **Mach mit im großen grünen Team!**

Sprich mit Verwandten, Freund*innen, Nachbar*innen oder Arbeitskolleg*innen über grüne Politik. Hier findest du Infos, was Grüne in der Regierung erreicht haben.
gruene.de/artikel/drei-jahre-regierungsbilanz-ampel



Bleib auf dem Laufenden! Wenn du regelmäßig über Aktionen und über unsere Arbeit informiert werden möchtest, trag dich in unseren Mail-Verteiler ein.
gruene.de/aktionen/newsletter



Bring dich ein und rede mit deinem Kreis- oder Ortsverband, dass du im Wahlkampf mitmachen willst. Vor Ort kannst du dich direkt beteiligen und z.B. bei Aktionen mitmachen oder an Wahlkampfständen, beim Haustürwahlkampf und beim Plakatieren unterstützen oder inhaltliche Themen diskutieren und bearbeiten.
gruene.de/gruene-vor-ort



Du kannst auch über unseren WhatsApp-Kanal informiert bleiben.
whatsapp.com/channel/0029VadW99X2kNFogn540h07



Unterstütze uns mit deiner Spende für einen starken grünen Wahlkampf.
gruene.de/aktionen/deine-spende-fuer-gruen



Teile grüne Beiträge auf deinen Social Media Kanälen
– bei Instagram, Facebook, TikTok & Co.